Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post monatlich M. 4500,—, unter Streifband monatlich M. 6500,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I n. aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstr. 39/I. Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto Frz. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Handelsbank e. G. m. b. H., München, Herzog-Wilhelmstraße 12.

Streifbandbezugsgebühr für April im Ausland: Österreich Kr. 25000,-, Ungarn Kr. 1500,-, Tschechoslowakei 12 Kč., England u. bisher. deutsche Kolonien 4 sh., Jugoslawien 40 Dinar, Italien 10 Lire, Holland 1½ f., Verein. Staaten 1 Dollar, Schweiz u. die übrigen dem Weltpostverein angeschl. Staaten 3 Schwz. Franken.

Postsparkasse Wien, Konto 79921, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H. — Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank Reichenberg. Postscheckkonto 64563 beim Postscheckamt Prag (Angabe für Franz Eher Nachfolger, München, auf den Erlagschein erforderl).

71. Ausg., 37. Jahrg. — München (Donnerstag), den 19. April 1923 — Preis 200 Mark

Nieder mit dem Vaterland!

Wie gestern mitgeteilt, ist den Reichswehrangehörigen untersagt worden, Mitglieder der vaterländischen Verbände Bayerns zu sein. Wir begrüßen diese Offenherzigkeit heutiger Ministerien aus vollem Herzen. Denn dadurch wird erneut bekräftigt, daß die heutige Regierung und das deutsche Vaterland zwei Dinge sind, die im schärfsten Widerspruch zueinander stehen.

Nachdem eine Partei regiert, die kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, und mit Deserteuren freundschaftlich verhandelt, ist es selbstverständlich, daß sie alles tun muß, um auch aus der Reichswehr das Gefühl für Deutschtum und Ehre auszubrennen. Einen besseren Gehilfen wie unsere hohen Behörden können sich die Hebräer und Franzosen nicht wünschen.

Wir schlagen ihnen vor, Salomon Grumbach zum Reichswehrminister zu ernennen, damit die Politik von heute auch wirklich ganz würdig vertreten werden kann. Vielleicht auch den Paul Levi, der die Denunziationen an die Feinde neulich im offiziellen „Vorwärts" verteidigte, und der auch zu der vom Außenminister angerufenen „Volksvertretung" gehört.

Für Bayern schlagen wir vor, an Stelle der Generale Lossow und Epp Oskar Cohn und Kurt Rosenfeld zu ernennen. Beide haben tadellose galizische, vollkommen vaterlandslose Gesinnung und werden sicher den vaterländischen Verbänden nicht beizutreten versuchen. Dazu als Adjutanten den Hauptmann Schützinger als Reklamechristen. Dann wären für die Säuberung Deutschlands von den Deutschen die notwendigen staatserhaltenden Voraussetzungen geschaffen. Hoffentlich kommt ein dahinlautender Erlaß recht bald, damit Herr Schweyer und Herr von Knilling wieder in der Lage sind, ihre Reichstreue zu dokumentieren.

Hoch die Novemberrepublik, nieder mit dem Vaterland!

Politische Akrobaten der Bayerischen Volkspartei

Es ist ein recht undankbares Amt, einen Typus wie Dr. Heim zu verteidigen; aber, da nun der Bayer. Volkspartei diese Aufgabe zugefallen ist, hat sie in den saueren Apfel gebissen und versucht, den Spieß umzudrehen. Sie hat nun ganz neue Entdeckungen gemacht, nämlich: der Nationalsozialismus sei ein „gleichberechtigtes Glied des Gesamtsozialismus", der Nationalsozialismus wolle „Bayern zerstören", der Nationalsozialismus sei unitaristisch, aber zu gleicher Zeit sei der Nationalsozialismus separatistisch . . .

Diese Dinge zu beweisen, benützt sich der „Bayerische Kurier" in einem langen Artikel. Zuerst beteuert er, niemals habe die Bayerische Volkspartei eine Separation verlangt. Das wollen wir als selbstverständlich annehmen, denn Gott sei Dank! liegen die Dinge heute so, daß, wenn heute ein Mensch oder eine Partei die Separation vom Reiche offen verlangen würde, er mit Recht von allen als Hoch- und Landesverräter gebrandmarkt und demgemäß behandelt werden würde. So ist es ja selbstverständlich, daß die Bayerische Volkspartei sich schwer hüten wird, ihre eventuell dahingehenden Gedanken zu offenbaren. Nur hinweisend erklärte der Herr Pfarrer Vielberth unlängst im selben „Bayerischen Kurier", wenn die Zeiten reif sein würden, würden die „bayerischen Katholiken" auch ihr Programm vorzeigen, womit er offen zugestand, daß neben dem offiziellen Programm noch ein ganz geheimes besteht, das man heute noch nicht veröffentlichen wolle.

Und dann, wie wird uns denn, steht nicht selbst heute an der Spitze der Bayerischen Volkspartei dieser Monsieur Heim, der einst angesichts schwerer Zustände im Norden eilfertig seinen Koffer packte und mit französischen Generälen über Abtrennung Bayerns zwecks Bildung eines katholisch-konservativen Staates verhandelte? Das sieht den Worten des Pfarrers Vielberth äußerst ähnlich, und der Vorwurf des Hochverrats, den Baker gegen Dr. Heim erhoben hat, ist von diesem bisher nicht widerlegt worden. Wir stehen vor der Tatsache, daß kleine Separatisten wie Leoprechting, Machhaus, Fuchs hinter Schloß und Riegel sitzen, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurden, daß gegen einen Dr. Heim aber auch nicht der kleinste Finger gerührt wird; das sind merkwürdige, sehr merkwürdige Dinge, und der „Bayerische Kurier" hat alle Ursache, von seinem Standpunkt aus betrachtet, ein fürchterliches Gezeter über andere zu erheben, um die Augen von seinem Herrn und Meister abzulenken.

Offen erklärt der „Bayer. Kurier", es sei nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht Bayerns, im Falle einer sozialistischen revolutionären Diktatur sich ihr nicht zu unterwerfen, sondern sich ihr „zu entziehen", womit wohl gesagt wird, daß die Bayer. Volkspartei gar nicht daran denkt, gegebenenfalls mitzuhelfen, um einen ausbrechenden Bolschewismus in Sachsen oder anderswo niederzukämpfen, sondern sich eben auf sich selbst zurückziehen möchte. **Und das bedeutet selbstverständlich als notwendige Folge, sich unter den Schutz des Marschalls Foch begeben.** Eine famose deutsche Partei, diese Bayerische Volkspartei; und christlich ist sie, gar nicht zu sagen wie, indem sie bereit ist, die deutschen Brüder im Norden ihrem Schicksal zu überlassen. Was wäre nur geworden, wenn die Württemberger und die Preußen zur Zeit der Räterepublik ähnlich gedacht hätten? Dann wäre von den Nachfolgern des Dr. Heim, des Pfarrers Vielberth und des Herrn Leicht so mancher den bitteren Gang in einen verschwiegenen Keller gegangen und wäre nicht mehr herausgekommen. Dr. Heim selbst wäre selbstverständlich nicht dabei gewesen . . .

Ferner erklärt sich die „föderalistische" Bayer. Volkspartei in diesem Aufsatz ausdrücklich als Verfassungspartei, mit anderen Worten, sie erklärt, daß sie die Weimarer Verfassung, d. h. das Produkt eines jüdisch unitaristischen Geistes als sakrosankt anerkennt und nicht im Ernste bekämpfen möchte. Die Tatsache, daß wir für ein Großdeutschland kämpfen, genügt dem „Bayer Kurier", um die Gefahren an die Wand zu malen, daß ein unitaristischer Gedanke wie der „V. B." den Großdeutschen nennt — eine Separation Bayerns nach sich ziehen würde, und wenn das geschehe, so wäre das eben die Schuld der dreimal verfluchten Nationalsozialisten, deren politischer Horizont über den Würmsee hinausreicht und die nicht nur Bayern, sondern ein großes deutsches Volk und seine Interessen an die erste Stelle setzen.

Es ist eine vollendete Niedertracht, wenn der „Bayer. Kurier" zum Schluß erklärt das eigentliche Ziel der Nationalsozialisten sei es, Bayern zu zerstören! Diese Bemerkung ist wohl als ein Ausfluß jener ohnmächtigen Wut von Menschen und Parteien zu verstehen, welche merken, daß sie reif sind, **in den Kämpfen der heutigen Zeit unterzugehen und die doch nur, um ihr erbärmliches Dasein weiter zu fristen,** jeden großen Gedanken mit Kot bewerfen. Wahrhaft grotesk zeigt sich diese Wut in der Gleichsetzung der Räterepublik und ihrer Führer mit dem Nationalsozialismus. Auch hier ist unvorsichtigerweise die Katze aus dem Sack gelassen worden, und die Bayer. Volkspartei steht als das da, was sie von je war: als eine jener politischen Schieberparteien, denen Deutschland sein Unglück verdankt die es heute noch weiter zugrunde richten und seinen Untergang herbeiführen werden, falls nicht eine allgemeine Erkenntnis durch die deutschen Lande zieht, welche alle diese überlebten Parteibildungen wie eine alte Kruste von sich wirft.

Interessant ist noch, daß auf derselben Seite der „Bayer. Kurier" die auch von uns gebrachte Nachricht bringt, daß man in Moskau mit dem Auftreten Severings gegen die Deutschvölkischen äußerst zufrieden sei und daß es nun nur noch gelte, den letzten Herd der Gegenrevolution, München, zu zerstören, sonst seien die Aussichten auf eine Weltrevolution ausgezeichnet. Da können wir wohl fragen, wer mit diesem Führer der Gegenrevolution eigentlich gemeint ist? Sicher nicht der Herr Pfarrer Vielberth, sicher nicht Herr Dr. Heim, sicher auch nicht das antideutsche Gewimmel der Bayerischen Volksparteikleinigkeit, sondern der machtvolle völkische Nationalsozialismus, der sich anschickt, die breitesten irregeführten Massen dem deutschen Gedanken wieder zu gewinnen und der einmal alle Pläne der jüdischen Weltrevolution zunichte machen muß und wird. Er umspannt mit seinem Streben den Bayer genau so wie den Preußen. Man sollte glauben, jeder, der ein deutsches Herz im Leibe hat, sollte mit ihm kämpfen für des deutschen Volkes Befreiung.

Man sieht aber, daß dies nicht der Fall ist, daß in unverständlicher Verblendung oder niederträchtigster Eitelkeit die Unfähigkeit noch immer Anspruch auf Herrschaft macht, anstatt den Weg mit zu ebnen und anzuerkennen, was doch einmal anerkannt werden muß. Die Bayer. Volkspartei ist eifrig daran, sich selbst das Grab zu schaufeln, und wir unsererseits werden ihr dabei behilflich sein. Allen aufgewachten, irregeleiteten und betrogenen Wählern werden die Augen aufgehen und sie werden alle hineinmünden in die Freiheitsarmee des völkischen Nationalsozialismus.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete seines Amtes enthoben

tu. **Koblenz**, 17. April. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat soeben dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitgeteilt, daß sie mit dem heutigen Tage seine Tätigkeit und die seiner Behörde im besetzten Gebiet als beendet betrachte und seine sowie seiner Behörde Abreise aus dem besetzten Gebiet erwarte.

tu. **Berlin**, 18. April. Die Nachricht von der Ausweisung des deutschen Rheinlandskommissars wird an hiesiger amtlicher Stelle bestätigt und als ein neuer Gewaltakt schlimmster Art bezeichnet. Fürst Hatzfeld habe sein Amt jederzeit in vorbildlicher Weise ausgeübt und seine Tätigkeit in der Vertretung deutscher Interessen verdiene uneingeschränktes Lob. Die Reichsregierung werde selbstverständlich bei der Botschafterkonferenz und bei den Regierungen in London, Paris und Brüssel energischen Protest (immer wieder diese lächerlichen Proteste!) gegen diese neuen Willkürakte der Rheinlandskommission einlegen.

Bankierreisen

tu. **Dortmund**, 18. April. Von Berlin kommend, traf der amerikanische Bankier Gawin hier ein, um sich von der Lage im Ruhrgebiet zu überzeugen.

Die Franzosen beschlagnahmen Kinderwagen mit Kohlen

tu. **Essen**, 18. April. Die neue Verordnung des Generals Dégoutte, die den Transport von Kohlen ohne Genehmigungsschein verbietet, trifft die Bevölkerung des Ruhrgebietes sehr empfindlich. Im Laufe des gestrigen Tages sind selbst kleine Mengen von einem Zentner, die auf vierräderigen Kinderwägen in die Wohnung geholt wurden, und selbst diese kleinen Kinderwagen sind mitbeschlagnahmt worden.

Belgische Verhaftungen

tu. **Brüssel**, 18. April. Einem aus Düsseldorf an die „Nation belge" übermittelten Telegramm zufolge sind zwölf Ingenieure und Angestellte der Fabriken Krupp und Thyssen von der belgischen Besatzungsbehörde in Anklagezustand versetzt worden, da sie sich anschickten, zwei mit Kohlen beladene Züge unter Umgehung der alliierten Kontrolle aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland zu schaffen. Die beiden Züge wurden beschlagnahmt, ebenso die Verladevorrichtungen.

Ausweisungsterror: 833 Personen

tu. **Berlin**, 18. April. **Die Reichsregierung hat den Regierungen von Paris, London und Brüssel im Anschluß an die bereits früher mitgeteilten Namen von Beamten, die mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, in einer Note eine weitere Liste von zahlreichen Ausweisungsfällen überreichen lassen, die von der Rheinlandskommission angeordnet worden sind. Die neue Liste umfaßt 833 Personen. Die deutsche Regierung legt auch gegen diese Massenausweisungen von Beamten durch die Interalliierte Rheinlandskommission Verwahrung ein. — Sie sollte zunächst alle Franzosen aus Deutschland ausweisen lassen.**

Angeblicher Anschlag gegen den belgischen Kriegsminister

tu. **Paris**, 18. April. Dem „Matin" werden Einzelheiten über ein angebliches Eisenbahnattentat auf dem Bahnhof Ronheide gegen der belgischen Kriegsminister mitgeteilt. Der Schnellzug Antwerpen—Berlin, der um 7 Uhr in Lüttich ankommt, stieß bei Ronheide auf eine auf die Schiene gelegte Bombe. Infolgedessen wurde einer der Eisenbahnwagen zur Entgleisung gebracht (?). Der Lokomotivführer bremste sofort. Es wird hervorgehoben, daß der belgische Kriegsminister, gegen den das Attentat gerichtet gewesen sei, sich in dem darauffolgenden Zuge befand. Er setzte seine Reise im Auto fort. Nach dem Vorschlag des belgischen Delegierten wird sofort die Ausweisung des deutschen Personals, das auf dem Bahnhof Ronheide untergebracht ist, verfügt werden.

Eine neue Volksabstimmung in der Schweiz

tu. **Bern**, 17. April. Das schweizerische Volk hat gestern mit 461072 Stimmen gegen 159958 Stimmen einen sozialistischen Antrag abgelehnt, der eine Abänderung der Artikel 29 und 89 der gesetzmäßigen Verfassung vorschlug. Diese Artikel geben dem Bundesrat das Recht, die Eingangszölle je nach den augenblicklichen Bedürfnissen zu ändern.

Der Metropolitenführer vor Gericht

tu. **Warschau**, 17. April. In Warschau begann heute unter starkem Andrang des Publikums der Prozeß gegen den Archimandriten Smaragd, mit bürgerlichem Namen Latyszenko, der am 8. Februar den orthodoxischen Metropoliten Georg von Warschau durch drei Revolverschüsse tötete.

Das neue österreich. Kabinett

tu. **Wien**, 18. April. Der Nationalrat hat gestern mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die der Sozialdemokraten das zweite Kabinett Seipel (6 Christlichsoziale und 2 Großdeutsche) wiedergewählt. Aus dem bisherigen Kabinett scheiden infolge Zusammenlegung von Ministerien die Minister für Justiz und Eisenbahnen aus.

„Deutsches" Reich

Reichstag

tu. **Berlin**, 17. April. In Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Cuno, des Außenministers Dr. von Rosenberg und des Wirtschaftsministers Dr. Becker wurde die Sitzung des Reichstages um 2 Uhr 20 Min. eröffnet.

Abg. Dr. Stresemann (Dt. Vp.) hebt hervor, der Minister habe durch seine gestrige Rede die aktive Politik der Regierung in günstiger Weise fortgeführt. Entscheidend an ihr ist, daß sie eine geeignete Grundlage abgibt für internationale Abmachungen, falls die Entente und besonders Frankreich die Verständigung wollen. Gewiß könne eine endgültige Leistung heute ziffernmäßig nicht abgeschätzt werden, wohl aber könne man zugrunde legen die in dem Pariser Angebot genannte konstante Summe, zu deren Verzin-

Hitler-Spende anläßl. des Geburtstags unseres Führers (20. April). Postscheck. München 23319, Schellingstr. 39/I, Corneliusstr. 12 unter der Spitzmarke „Hitler-Spende"

Volksgenossen, spendet alle für unseren Kampfschatz!

fung sich Deutschland bereit erklärt habe, und die in Frage kommenden Nachzahlungen durch in internationales Sachverständigenkonsortium nachprüfen zu lassen, was auch Bonar Law auf der Pariser Konferenz empfohlen habe. Warum beachtete Frankreich nicht das Angebot Cunos wegen der Kooperation der Industrie? (Ja, warum?) Frankreich und Deutschland sollten beginnen, wirtschaftlich miteinander zu leben, wenn auch das politische Miteinanderleben durch die französische Politik zerstört werde. (Ein echter Stresemann!) Will Frankreich Reparationen (Es will aber unsere Vernichtung, Sie . . .), dann ist eine Verständigung möglich, will es Rhein und Ruhr erhalten, dann kann es darüber keine Verhandlungen geben. Die Voraussetzung für alle Verhandlungen muß die Erfüllung der Forderung sein, daß alle Verhafteten und Ausgewiesenen in Freiheit in ihre Heimat zurückkehren können. Es ist ganz töricht, jetzt nach dem starken Mann zu rufen, jetzt nach einem Bismarck zu rufen! Wir brauchen in dieser Übergangszeit die Zusammenfassung aller Kräfte zur Verteidigung des Staates. (Selbstverständlich würde ein Bismarck alle die Schwätzer zum Teufel jagen!)

Abg. Leicht (Bayer. Volksp.): Wir sind arm an allem, was wir nötig haben (arm an Geist besonders!), arm an Freunden und Sympathien, deshalb schließe ich mich an dem Dank des Ministers an diejenigen, die uns geholfen haben. Die deutsche Regierung hat oft genug ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen bekundet und Angebote gemacht. Nun mögen die anderen zu Verhandlungen bereit sein. Aber alles, was die deutsche Einigkeit stören kann, mag es auch aus München — ich sage das als Bayer — oder von rechts oder links kommen, lehnen wir ganz entschieden ab. Alles kommt darauf an, daß wir unseren Rhein verteidigen, unseren freien, deutschen Rhein! (Herr Leicht und den Rhein verteidigen: ein grotesker Gedanke.)

Abg. Stöcker (Komm.) bezeichnet die Rede des Außenministers als inhaltslos. Der französische Militarismus und Kapitalismus suche seine politischen Endziele im Ruhrgebiet zu verwirklichen. Das Proletariat aller Länder müsse diesem Wüten Einhalt gebieten. (Jawohl, müssen . . .)

Abg. v. Graefe (Dt. Völk.) erkennt an, daß viele Worte des Ministers allen Deutschen aus der Seele gesprochen waren. Deutschland hätte schon, als es 30 Milliarden Goldmark anbot, vielzuviel angeboten, denn das seien 150 Billionen Papiermark. Der Redner fragt, ob die Reichsregierung Einspruch gegen die Ausweisung deutscher Arbeiter aus der Tschechoslowakei erhoben habe. Zu vermissen sei auch ein Eingreifen der Reichsregierung gegen die Übergriffe in Preußen, Sachsen und Thüringen.

Das neue oldenburgische Ministerium

tu. **Oldenburg,** 17. April. Nach einer Meldung des Bremer-Oldenburger Landesdienstes wurde in der heute um 10 Uhr begonnenen Sitzung des Landtages die Wahl des Ministeriums vorgenommen. Zum Ministerpräsidenten wurde Geheimer Oberregierungsrat von Finkh vorgeschlagen. Bei der Abstimmung entfielen auf diesen 20 Stimmen. Die Volkspartei hatte 15 weiße Zettel abgegeben. Zu Ministern schlug Herr von Finkh Geheimen Regierungsrat Stein für Finanzen und soziale Fürsorge, Ministerialrat Weber für Inneres, Handel und Verkehr vor. Stein erhielt 31, Weber 29 Stimmen. 14 Zettel waren unbeschrieben.

Zum Schutz der November-Republik

Aus dem badischen Sowjetmusterländle wird gemeldet:

. . . Wegen „nationaler" Gesinnung wurde der Rottmeister O. G. bei der Schupo in Freiburg zur Disposition gestellt und wird wahrscheinlich zum 1. Mai 1923 entlassen. Grund: Verstoß gegen das „Gesetz zum Schutz der Republik" in der Form, daß er Nationalsozialist ist, der Ortsgruppe München angehört und den „Völkischen Beobachter" liest.

Die Weise, wie sich der Fall abspielte, gibt wieder ein Kapitel zu dem Thema „Republik in Gefahr"; nachts ½11 Uhr erscheint in der Stube der Wachtmeister im Auftrage des Hauptmanns, weckt den bereits schlafenden Rottmeister und nimmt sofort eine eingehende Untersuchung vor. — Und wirklich Erfolg: zehn Nummern des „Völkischen Beobachters" werden gefunden und in Verwahrung genommen. Statt in seinem Bett mußte der „Geheimbündler" die Nacht auf der Schreibstube verbringen, von wo aus er am anderen Morgen unter Begleitung nach dem Bezirksamt gebracht wurde. H.

Kommentar überflüssig.

Die Einheitsfront!

Von einem Lindauer Mitarbeiter.

Am 14. d. M. sollte ein Waggon Zeitungsdruckpapier aus der Papierfabrik Schongau, bestimmt für das Pariser Hetzblatt „Matin", ab. Seit Wochen beschäftigen sich die öffentliche Meinung, die Arbeiter und Beamten der in Betracht kommenden Behörden mit diesem Waggon. Am 27. März wurde der Reichskanzler durch die hiesige Ortsgruppe unserer Partei über diesen Vorgang in Kenntnis gesetzt. Die Gewerkschaften drohten mit Streik, der auch wahrscheinlich zur Tat geworden wäre, wenn der Beamtenrat der Güterstation Lindau, Reutin, sich mit den Betriebsräten daselbst solidarisch erklärt hätte.

Als dann am 13. d. M. die Kunde durch Lindau lief, daß der Waggon doch abgehen solle, gab es an der Verladestelle einen kleinen Volksauflauf, und der Wagen wurde vom Publikum im Beisein der Bahnbeamten entladen. Kurze Zeit darauf kam von der Direktion Augsburg, mit der sich die Betriebsinspektion Lindau in Verbindung setzte, der strikte Befehl, den Wagen unverzüglich seinem Bestimmungsort Paris zuzuführen.

Dies war die Veranlassung, daß sich am selben Abend die Vertreter der sämtlichen politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Betriebs- und Beamtenräte zu einer Besprechung zusammenfanden. Bezweckt sollte werden, die Zurückstellung des Wagens nochmals zu erzwingen, um dann anderntags telegraphisch mit den zuständigen Landes- und Reichsbehörden in Verbindung zu treten. Durch einen praktischen Vorschlag des Vertreters der Demokraten schien der Zweck erreicht.

Allein nun zeigte es sich an diesem kleinen Beispiele, wie verderblich die Parteienwirtschaft sich auswirkt, und wie das Parteiinteresse sich vor das Gemeininteresse schiebt. Diese letzte Aktion war von den Nationalsozialisten eingeleitet. Und das genügte, daß schon eingangs der Verhandlungen die Vertreter der linken Parteien und der Bayer. Volkspartei kein gutes Omen für einen günstigen Ausgang der Sache gaben.

Als dann die Deckung der Aktion durch Unterschrift der Vertreter beschlossen wurde, knüpfte der Vertreter des Gewerkschaftskartells, Herr Klemm, daran die Bedingung, daß von den politischen Parteien nur die unterschreiben, die im Landtag vertreten seien.

Im Interesse der Sache erklärte unser Vertreter zurückzutreten. Und nun, als der Einigung nichts mehr im Wege stand, verließ der Vertreter der Bayer. Volkspartei, der Eisenbahninspektor und Stadtrat Steuer, ostentativ den Verhandlungsraum. Damit war unser im vaterländischen Interesse unternommener Schritt durch Parteiegoismus ohne Wirkung geblieben.

Die viel gerühmte Cunosche Einheitsfront wird also selbst bei solch verhältnismäßig geringfügigen Vorfällen durchbrochen! Was soll man aber dazu sagen, daß die Reichsbehörden kraft ihrer Autorität den Geschäftsverkehr mit der welschen Räuberpolitik durchsetzen — gegen den Willen der Bevölkerung!

Die Wurzel des Uebels

„Tiefverderbt und seelenlos" nennt Wilhelm Busch kurzerhand die Juden, ist also auch so einer wie Adolf Hitler, von dem die „M. N. N." vergangenen Samstag schrieben, daß er in seiner letzten Zirkus-Krone-Versammlung „die bekannten verallgemeinernden Anklagen des Antisemitismus gegen das Judentum nicht wahrscheinlicher zu machen vermochte". Wenn es draußen schneit und in den „Neuesten" wird der Schriftleitung gesagt, ich traue mir zu wetten, sie will auch noch dafür „exakte wissenschaftliche Beweise", ehe sie es gelten läßt. Als ob nicht schon der flüchtigste Blick genügte, um selbst dem dümmsten Luder zu offenbaren, daß es schneit, mit anderen Worten, daß die Juden ihren „tiefverderbten und seelenlosen" Charakter teuflischer denn je gegen alles Nichtjüdische betätigen! Freilich, wer einer Redaktion angehört, in welcher der Hebräer Coßmann mit den Ton angibt, oder (nebenbei bemerkt) einer Regierung, hinter der am Gängelband der „Daitschen Bank", namentlich aber des Regensburger Juden Rosenblatt ein Dr. Heim sich auswirkt, oder einem Schöffengericht, dessen Vorsitzender aus lauter Angst vor der jüdisch-marxistischen Presse den drolligen Dickhäuter zu spielen pflegt: den darf man mit dem bloßen Hintern in den frischgefallenen Schnee setzen, er wird trotzdem behaupten, es sei nicht die Spur eines solchen vorhanden.

Derartige Leute, die richtigen „blinden Blindenführer", sehen natürlich auch in den rückhaltslosen Angriffen zahlreicher Kirchenfürsten, in denen eines Tacitus, eines Giordano Bruno, eines Luther, eines Kant, eines Goethe, eines Schopenhauer, eines Richard Wagner, überhaupt in den Angriffen aller, aber auch aller großen Arier auf die Gesamtheit des „auserwählten Volkes" nur „die bekannten verallgemeinernden Anklagen des Antisemitismus gegen das Judentum", die nichts bewiesen, und stempeln so die bedeutendsten Köpfe aller Zeiten, vor denen sie sonst, bei jeder anderen Gelegenheit, verzückt den Hut ziehen, gerade im Wichtigsten, in der Menschenkenntnis, zu vollendeten Eseln, sich selbst aber zu wahren Wundern der Weisheit.

Daß der Freimaurerorden eine böse Gesellschaft ist, wird allmählich immer mehr eingesehen; es gibt aber eine viel schlimmere Vereinigung, und zwar eine ohne Tempel, ohne Satzungen, ohne Zusammenkünfte, die rein instinktive aller Mittelmäßigkeiten, den ganzen Riesenklüngel von feigen Strebern, die sich einander gar nicht kennen brauchen und doch wie die Kletten zusammenhalten, wenn es gilt, der Persönlichkeit das Wasser abzugraben, gerade als wäre es, um mit Schopenhauer zu reden, „Hochverrat, begangen an ihrer Unfähigkeit, Plattheit und Stümperhaftigkeit, wenn ein eminentes Talent sich spüren läßt". Zu allermeist an diesem Übel krankt die Welt; man behebe es, und das jüdische Geschwür stirbt mangels Nahrung ganz von selber ab. D. E.

Der Friedensverrat von Versailles

Der Massenbesuch der dritten Riesenversammlung der N.S.A.P. im Zirkus stand dem der beiden vorausgegangenen Versammlungen in nichts nach. Trotz des abschreckend schlechten Wetters waren wiederum tausende herbeigeeilt, um zu zeigen, auf welcher Seite ihre Sympathien stehen. Pg. Hermann Esser eröffnete die Versammlung mit den Worten: Wir nehmen an, daß Sie hierher gekommen sind, um durch Ihre Anwesenheit Ihr Einverständnis mit der Haltung unserer Partei in der Frage des Republikschutzgesetzes zu dokumentieren (Tosender Beifall). Wir nehmen diesen Massenbesuch als den Beweis dafür, daß die Bevölkerung der Hauptstadt München wünscht und fordert, daß die bayerische Regierung jetzt endlich Rückgrat zeigt und sich nicht neuerdings von den Berliner Bolschewisten die Schlinge um den Hals legen und sich zum Handlanger Berlins herabwürdigen läßt.

Unser Führer **Adolf Hitler**, stürmisch begrüßt, unternahm es nun, in zweistündiger Rede den Verrat am Frieden aufzuzeigen. Anknüpfend an seinen letzten Vortrag, begann er: Sie wissen, daß die Revolution eingeleitet worden ist mit dem Schrei: „Nieder mit den Schuldigen am Kriege!" Sie wissen, daß man mit diesem „Nieder" auch tatsächlich eine Reihe von Deutschen von ihren Thronen heruntergezogen hat. Augenblicklich befinden wir uns in der Fortdauer dieses Krieges, denn die wirklich Schuldigen des Krieges sind nicht getroffen worden. Sie sind vielmehr heute die mächtigsten Regenten.

Wer war denn eigentlich der Regent im Jahre 1914, den die Schuld am Kriege treffen könnte? Der Kaiser? Glaubt man wirklich, daß dieser Mann einen Krieg entfesseln konnte, der die ganze Welt umfaßt hat? Wer waren damals die Ratgeber Wilhelms II.? Etwa die Alldeutschen? Nein, die Herren Ballin, Bleichröder, Mendelsohn usw., eine ganze Brut von Hebräern. Das war die inoffizielle Regierung. Welche Macht diese Leute besassen, hat man zu sehen vermocht in den Tagen, als der Gründer des Reiches fort mußte aus Berlin, weil diese Hofkamarilla es so wollte. Wer war der tatsächliche Leiter des Reiches? Herr Bethmann Hollweg, ein waschechter Nachkömmling einer Frankfurter Judenfamilie und in seinem ganzen Handeln so recht der mauschelnde Philosoph. Das waren die Staatsleiter, nicht die Alldeutschen. Die waren ja mit ihrem Herzen gar nicht in Berlin, sondern im Sachsenwald. Das neue Regiment war nicht nach ihrem Sinn, sondern nach ihrer Überzeugung der Beginn des Endes des Vaterlandes.

Dieses Regiment hat schon bei Beginn des Krieges die schwerste Schuld auf sich geladen. Zunächst bei Beurteilung der anderen Staaten. Noch am 3. August glaubte man, England würde neutral bleiben. Welch unendlicher Schaden ist dadurch Deutschland zugefügt worden! Genau so falsch war die Beurteilung Italiens. Der General, der später die Sünden der „Diplomaten" auslöffeln mußte, der heute bei uns in der Verbannung lebt und dem man sogar das Gastrecht verweigern wollte, hatte schon im Jahre 1912 erkannt, daß Italien überhaupt nicht als Bundesfaktor zu werten sei. Die dritte Fehlbeurteilung war die Österreich-Ungarns. Man schätzte es als einen militärischen Faktor, vergaß aber dabei, daß die militärischen Kraft eines Staates abhängig ist von seiner politischen Widerstandskraft. Man sah nicht, daß dieses Völkerkonglomerat, wenn der Zwang fehlte, auseinanderfallen mußte. Eine weitere Fehlbeurteilung war die Rußlands. Es hieß: Rußland ist ein korrumpierter Staat und nie in der Lage, einen Krieg zu führen. Mit solchen Ammenmärchen fütterte man damals die Nation. Man stellte den Zarismus als ein morsches, aber blutdürstiges Gebilde hin: ein Stoß, dieser Staat fällt augenblicklich zusammen, und — der deutsche Arbeiter ist der Befreier einer geknechteten Menschheit.

Wenn Deutschland trotz dieser verfehlten Einstellungen und Schätzungen in dem Augenblick, in dem das Schicksal es auf die Walstatt rief, Höchstleistungen vollbrachte, so nur, weil es eine innere Stärke besaß: seine Ehrenhaftigkeit. Es hatte das Gefühl, ein Volk von Ehre und demgemäß von der Welt so geachtet zu sein. Millionen deutscher Arbeiter sind damals genau so hinausgezogen wie die anderen auch, weil sie einen nationalen Willen hatten, wenn auch ihre Führer nicht. Deutschland besaß aber damals vor allem, was jedes Volk braucht: Es hatte noch sein Heer, um dessentwillen es als der Militärstaat bezeichnet wurde. Und dennoch hat dieses Heer ihm seine Freiheit und sein ruhiges Arbeiten gewährleistet. Europa hat bei dieser Macht Deutschlands 50 Jahre Friede gehabt. Wenn Frankreich diese Macht besaß, lebte Europa keine 50 Jahre in Frieden.

37

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens.

Nach diesen Worten eilte die würdige alte Frau auf ihr Zimmer zurück, setzte sich auf ihr Sofa und brach in Tränen aus. Das Mädchen — nicht ganz so erregbar — war inzwischen die Stiegen hinaufgegangen und kehrte nun mit der Bitte zurück, daß Herr Bumble ihr sogleich folgen möchte, was denn auch geschah.

Er wurde in das kleine Studierzimmer gewiesen, wo Herr Brownlow und sein Freund Grimwig bei einer Flasche sich gütlich taten. Der letztere Herr betrachtete den Ankömmling genau und brach dann plötzlich in den Ausruf aus:

„Ein Armenvogt — ein Kirchspieldiener, oder ich will meinen Kopf aufessen!"

„Ich bitte, unterbrechen Sie ihn jetzt nicht", sagte Herr Brownlow. „Wollen Sie Platz nehmen?"

Herr Bumble setzte sich, ganz verwirrt von Herrn Grimwigs seltsamem Benehmen. Herr Brownlow rückte die Lampe so, daß er die Züge des Büttels ununterbrochen betrachten konnte und fragte etwas ungeduldig:

„Nun, Sir, Sie kommen infolge meiner kürzlichen Ankündigung?"

„Ja, Sir!" antwortete der Büttel.

„Und sind ein Armenvogt, nicht wahr?" versetzte Herr Grimwig.

„Ich bin ein Kirchspielbeamter, meine Herren", versetzte Herr Bumble stolz.

„Begreiflich", bemerkte Herr Grimwig beiseite gegen seinen Freund; „ich wußte es ja. Sein Kapottrock hat den Schnitt einer Kirchspielmontur; auch sieht er über und über wie ein Büttel aus."

Herr Brownlow schüttelte leicht den Kopf, um seinem Freunde Stillschweigen zu empfehlen, und fuhr fort:

„Wissen Sie, wo der arme Knabe gegenwärtig ist?"

„Sowenig als irgendein anderer", versetzte Herr Bumble.

„Nun, was wissen Sie von ihm?" fragte der alte Herr. „Sprechen Sie, mein Freund, wenn Sie etwas mitzuteilen haben. Welche Aufschlüsse können Sie über ihn geben?"

„Wahrscheinlich ist es nichts Gutes, was Sie von ihm zu sagen haben — nicht wahr?" bemerkte Herr Grimwig kaustisch, nachdem er Herrn Bumbles Züge aufmerksam betrachtet hatte.

Herr Bumble faßte diese Frage rasch auf und schüttelte mit bedeutungsvoller Feierlichkeit seinen Kopf.

„Sehen Sie?" erläuterte Herr Grimwig mit einem triumphierenden Blicke auf Herrn Brownlow.

Herr Brownlow sah besorgt auf Bumbles gedunsenes Gesicht und ersuchte ihn, so kurz als möglich mitzuteilen, was ihm von Oliver bekannt sei.

Herr Bumble legte seinen Hut ab, knüpfte seinen Rock auf, schlug die Arme zusammen, neigte nachsinnend den Kopf und begann nach einigen Minuten seine Geschichte.

Es würde ermüdend sein, die Erzählung mit den Worten des Büttels wiederzugeben, da sie volle zwanzig Minuten dauerte. Der Hauptinhalt derselben war: Oliver sei ein Findling, das Kind gemeiner und lasterhafter Eltern, habe von Geburt an keine besseren Eigenschaften als Tücke, Undankbarkeit und Bosheit entwickelt und sei mit seiner kurzen Laufbahn an seinem Geburtsort dadurch zu Ende gekommen, daß er einen blutdürstigen und hinterlistigen Angriff auf einen harmlosen Jungen gemacht habe, worauf er nächtlicher Weile aus dem Hause seines Herrn entlaufen sei. Zum Beweise, daß er wirklich der Mann sei, als welchen er sich vorstellte, legte Herr Bumble die Papiere, welche er nach der Hauptstadt gebracht hatte, auf den Tisch, schlug die Arme wieder übereinander und erwartete Herrn Brownlows Bemerkungen.

„Ich fürchte, es ist alles nur zu wahr", bemerkte der alte Herr, nachdem er von den Papieren Einsicht genommen hatte. „Nehmen Sie diese Kleinigkeit für Ihre Nachricht; ich würde gerne das Dreifache gegeben haben, wenn sie für den Knaben günstiger gelautet hätte."

Hätte Herr Bumble dies früher gewußt, so würde er wahrscheinlich seiner kleinen Geschichte eine ganz andere Färbung gegeben haben. Die Sache ließ sich aber jetzt nicht mehr ändern, und so steckte er unter bedenklichem Kopfschütteln die fünf Guineen in die Tasche und entfernte sich.

Herr Brownlow schritt einige Minuten in dem Zimmer auf und ab und war augenscheinlich durch die Erzählung des Büttels so betrübt, daß selbst Herr Grimwig seine Neckereien einzustellen für gut hielt. Endlich hielt er inne und zog heftig an der Klingel.

„Frau Bedwin," sagte Herr Brownlow, als die Haushälterin eintrat, „der Knabe ist ein Betrüger."

„Das ist unmöglich, Sir, rein unmöglich", versetzte die alte Frau mit Nachdruck.

„Ich sage Ihnen, es ist so", entgegnete der alte Herr scharf. „Was wollen Sie mit Ihrem ‚es ist unmöglich' sagen? Wir haben eben Mitteilungen über ihn von seiner Geburt an erhalten, und er hat sich sein ganzes Leben über als ein kleiner Bösewicht erwiesen."

„Ich werde es nie glauben, Sir", erwiderte Frau Bedwin mit Festigkeit.

„Es ist eine bekannte Sache, daß die alten Weiber an nichts als an Quacksalber und an Lügenchroniken glauben", grollte Herr Grimwig. „Warum haben Sie nicht gleich von Anfang an meinem Rate gefolgt? Sie würden es auch getan haben, denke ich, hätte er nicht das Fieber gehabt — ist's nicht so? Aber er sah so ansprechend aus — nicht wahr? Ansprechend! pah!" und Herr Grimwig störte in den Kohlen umher.

„Er war ein liebes, sanftes und dankbares Kind, Sir", entgegnete Frau Bedwin unwillig. „Ich weiß, wie Kinder sind, denn ich bin schon vor vierzig Jahren damit umgegangen. Leute, die von sich nicht das gleiche sagen können, sollten lieber ganz schweigen — das ist meine Meinung."

Dieser bittere Hieb galt Herrn Grimwig, der ein Junggeselle war; da er jedoch diesem Herrn nichts als ein Lächeln entlockte, so schüttelte die alte Frau ihren Kopf und strich, als Vorbereitung zu einem neuen Ausfall, ihre Schürze nieder, als ihr plötzlich Herr Brownlow in die Rede fiel.

„Still!" sagte der alte Herr mit einer Entrüstung, die allerdings seinen wahren Gefühlen fern lag. „Lassen Sie mich nie wieder den Namen des Jungen hören! Ich habe geklingelt, um Ihnen dies zu sagen. Erinnern Sie sich — nie — nie wieder, unter keinem Vorwand! — Sie können jetzt gehen, Frau Bedwin; aber merken Sie sich's, ich habe im Ernst gesprochen."

In Herrn Brownlows Hause gab es in dieser Nacht betrübte Herzen: aber auch das unsers Olivers war kummervoll, wann er seiner liebreichen Freunde gedachte; ein Glück für ihn, daß er nicht wissen konnte, was sie gehört hatten — es hätte ihm brechen müssen.

(Forts. folgt.)

Kunstnachrichten

Professor Petschnikoff hat unter Mitwirkung von Frau Diehn-Slottko einen Violinabend gegeben, an dem er Sonaten verschiedener Meister spielte. Er stand musikalisch und technisch wie gewöhnlich auf der Höhe; allerdings war es das erste Mal, daß ich erlebte, wie ein Geiger während einer Kadenz abbricht, das Instrument rein stimmt und die Kadenz von vorne beginnt. Seine Begleiterin war ihm ebenbürtig und durfte von dem reichlich gespendeten Beifall ein gut Teil für sich beanspruchen.

*

Emmi Leisner gab im Odeon unter Mitwirkung des Orchesters und Chors der Bürgersängerzunft ein Konzert, das leider sehr schlecht besucht war. Das Programm setzte sich zusammen aus Liedern von Hugo Wolf, einer Solokantate von Bach und der Alt-Rhapsodie mit Männerchor von Brahms. Den Höhepunkt des Abends bildete die Rhapsodie von Brahms, welche ja einer Sängerin Gelegenheit gibt, alle Vorzüge ihrer Stimme zu zeigen. Die Bürgersängerzunft unter Leitung von Richard Trunk leistete Ausgezeichnetes. Der Beifall war namentlich am Schluß sehr stark.

So waren es damals Ehre, Kraft und Wille, die Deutschland befähigten, anzutreten zu seinem schwersten Gang in der Geschichte. Die Frage war: Wird Deutschland erwürgt oder befreit es sich, wenn es einer Welt von Feinden gegenübertritt? Entweder Sieg oder das, was wir heute haben!

Bald kam die Kunde: Lüttich ist gefallen. Vom Reichstag aber kommt gleichzeitig die Nachricht, Bethmann-Hollweg — erklärt den deutschen Einmarsch in Belgien als ein Verbrechen. Im selben Augenblick spinnt sich im Innern Deutschlands der Verrat. Rathenau sprach, als er den Kaiser durch das Brandenburger Tor reiten sah, das „historische" Wort aus: „Wenn er als Sieger zurückkehrt, hat die Weltgeschichte keinen Sinn mehr." Drei Tage später überreicht er dem Kaiser seinen Organisationsplan der Kriegswirtschaft. Im selben Augenblick kommt auch die Anweisung: Es dürfen keine Kriegsziele besprochen werden. Warum? „Weil man dadurch die Gegner reizen könnte." Da muß man sich nun doch fragen: Wer sind die Schuldigen an dieser inneren Hemmung? Die Gruppe um den Kaiser und die tatsächliche Reichsleitung Bethmann-Hollweg! Diesem Einfluß (Ballin) ist es auch zuzuschreiben, daß man sich später nicht entschloß, die Marine einzusetzen. Warum? „Um England nicht zum Äußersten zu reizen." Man wollte dieses Instrument nicht einsetzen, weil man den deutschen Sieg nicht wollte. Was sagte die Partei der Herren Ebert und Auer? „Ein deutscher Sieg liegt nicht im Interesse der deutschen Arbeiterklasse", wobei sie bloß sich selbst meinten. In gleicher Weise ging es auch mit dem Unterseebootkrieg. Kurz: Schwächung allen Linien.

Noch im Herbst 1917 hatte jeder ein Recht, zu hoffen, Deutschland werde nicht untergehen. In diesem Augenblick schickt der deutsche Reichstag eine Friedensresolution in die Welt hinaus, Graf Czernin eine Adresse an den Kaiser von Österreich. Diese Adresse erhält auch Erzberger, und wenige Wochen darauf ist diese Adresse in London. England, das vor dem neuen Frühjahrsangriff Deutschlands zitterte, schöpfte daraus wieder neue Zuversicht. Und der Mann, der dieses Dokument England ausgeliefert hat, war nebenher der Chef der deutschen Propaganda! Und während man im Frühjahr 1918 den großen Entscheidungsschlag erwartet, da bricht in Deutschland der Munitionsstreik aus, organisiert von der Partei des Herrn Ebert, mit dem Ziel, die Munitionsnachfuhr zu unterbinden. Aus der Heimat fließen neue Truppen nach, die ihren Kameraden an der Front zurufen: Werft eure Waffen weg! Es ist eine Lüge, daß man Deutschland etwas nehmen will.

So wurde allmählich der Armee der Wille genommen, das Schwert zu führen. Außerdem erklärte man eine „Volksregierung" für notwendig, bestehend aus Erzberger, Scheidemann und Prinz Max von Baden. Erst so, behauptete man, werde man einen Frieden bekommen. An die Stelle der alten Gewalten setzte man die Träger der neuen „Freiheitsidee".

Mit den Waffenstillstandsbedingungen beginnt die deutsche Erniedrigung. Hätte die Republik am Tage ihrer Begründung ausgerufen: „Deutsche, sammelt euch, auf zum Widerstand! Das Vaterland, die Republik erwartet von euch, daß ihr für sie kämpft bis zum letzten Atemzug! Millionen, die sie heute zu Gegnern hat, wären fanatische Republikaner. Heute sind sie Feinde der Republik, nicht der Republik halber, sondern weil diese Republik gegründet wurde mit der deutschen Erniedrigung. Weil sie die neue Flagge so sehr besudelte, daß sich der Blick wieder sehnsuchtsvoll nach der alten Flagge richten muß.

Es war kein Friedensvertrag, den sie unterschrieben haben, sondern ein Verrat am Frieden.

Man unterschrieb einen Friedensvertrag, der von Deutschland Leistungen verlangte, die niemals zu erfüllen waren. Doch das war nicht das Schlimmste, es handelte sich hier immerhin bloß um Sachwerte. Man ging aber weiter: Kontrollkommissionen! Zum erstenmal in der Geschichte der Neuzeit verpflanzt man in einen Staat Henkerorgane fremder Mächte, gibt ihnen sogar eigene Soldaten bei, um ihnen Dienste zu leisten. Und wenn eine dieser Kommissionen „beleidigt" wird, muß eine Kompagnie deutscher Reichswehr vor der fremdstischen Flagge vorbeidefilieren! Wir fühlen die darin liegende Demütigung gar nicht mehr, aber das Ausland sagt: „Welch ein Hundevolk!"

Es gibt keinen Wiederaufstieg des deutschen Volkes mit diesem Friedensvertrag, es gibt keine Möglichkeit irgendeiner sozialen Reform! Der Vertrag ist gemacht, um 20 Millionen Deutscher ums Leben zu bringen und die deutsche Nation zugrunde zu richten. Den Vertrag können aber die nicht beseitigen, die ihn gemacht haben! Unsere Bewegung hat seinerzeit bei ihrer Gründung drei Forderungen aufgestellt: 1. Beseitigung des Friedensvertrages; 2. Zusammenschluß aller Deutschen; 3. Grund und Boden zur Ernährung unserer Nation. Unsere Bewegung konnte diese Forderungen aufstellen, denn sie hat den Krieg nicht veranlaßt, die Republik nicht gemacht und den Friedensvertrag nicht unterschrieben. Eines ist die erste Aufgabe dieser Bewegung: Sie will den Deutschen wieder national machen, daß ihm sein Vaterland wieder über alles steht. Sie will unserem Volke lehren, den alten Wahrheitssatz wieder zu begreifen: Wer nicht Hammer sein will, muß Amboß sein. Und Amboß sind wir heute und werden geschlagen, geschlagen, solange, bis aus dem Amboß wieder ein Hammer, ein deutsches Schwert wird. — — —

Als Abschluß der Versammlung auf richtete Pg. Hermann Esser an die Anwesenden die Mahnung, durch die Tat dazu beizutragen, den Erfolg dieser Versammlungen nachhaltig zu machen dadurch, daß sie die Mittel dazu geben, um das gesprochene Wort hinaus ins Volk zu tragen.

In den nächsten Tagen feiert Adolf Hitler seinen 34. Geburtstag. Wir können ihm keinen besseren Dank abstatten für das, was er für uns getan, wenn wir ihm zu diesem Tage eine große Spende für unsere Bewegung überreichen. Dieser Appell fiel denn auch auf fruchtbaren Boden, wie die am Schlusse der Versammlung eingeleitete Sammlung bewies. Die am letzten Freitag für die bei den marxistischen Terrorakten zu Schaden gekommenen Parteigenossen eingeleitete Sammlung hat 228 000 M. erbracht.

Steigende Ver chtung für Deutsche im Ausland

Die „Chicago-Paris Tribune" meldet unter dem 14. April aus Rom folgendes:

„Der Ausschuß des ‚International Olympic Game Committee' hat heute beschlossen, deutschen Sportsleuten die Teilnahme an den kommenden Olympischen Wettspielen zu untersagen."

Merkst du 's, Michel? Du bist also scheinbar nicht einmal auf dem Sportplatz akzeptabel. Man will mit dir als einem Vertreter einer zu Kreuz gekrochenen Kuli-Nation nichts zu tun haben. Dein Volk hat die Weltkriegslüge von Deutschlands Schuld lustig in den Tag trompetet und sitzt dafür heute im politischen Leprosenspital. Ja, ja, ihr Herrchen von den „fashionablen" Tennisklubs! Was nützt es euch nun, daß ihr die Jahre so andächtig-dumm die englischen Sportbrocken Play!... Advantage!... und Love!... nachäfftet?.

... Also die „Boches" dürfen nicht mitkonkurrieren. Dabei ist das folgende von Interesse.

Wenn man den betreffenden Bericht der „Chicago Tribune" liest, so fühlt man heraus, daß gewisse Nationen — wohl die Italiener, Holländer, Skandinavier — für die Zulassung Deutschlands waren. Der Bericht erwähnt jedoch besonders, daß es der französischfreundlichen Haltung der amerikanischen Delegaten zu danken war, daß Deutschland ausgeschlossen wurde. Die Herren Gummikauer aus Dollarika hätten betont, daß sie sich in allem, was Deutschland angehe, den Wünschen ihrer französischen Freunde fügen wollten (!).

Hörst du 's, deutscher Talg? Amerika ist noch immer am gallischen Gängelband. Täusche dich nur nicht darüber. Alles Protestieren gegen dieses Faktum ist latenter Landesverrat. Doch die Moral von der Geschicht' ...

Wenn man weiß, daß die Hälfte der europäischen Diplomatie auf den hunderten von Tennis-Courts- und Golfplätzen von Monte Carlo, Biarritz, Washington und Südengland gemacht wird, wenn man zugleich festhält, daß der Sport etwas an und für sich Versöhnlich-Harmloses — man möchte fast sagen Kameradschaftliches — begünstigt, so gewinnt diese kleine, an den Tagesereignissen gemessene, vielleicht auf den ersten Blick geringfügig und belanglos erscheinende Nachricht mehr als intermezzohaftes Interesse.

Für den eigentlichen Kenner der anglo-amerikanischen Auslandspsyche liegt in der Nachricht „German Sportsmen" verboten eine Unsumme von unsäglich Betrüblichem. Das Verbot gegen die Teilnahme deutscher Sportsleute wird nämlich symptomatisch für den augenblicklichen Gentlemanswert germanischer Vertreter auf sportlichem und damit politischem Gebiete. Sport und Politik, ein Zwillingspaar! Jawohl. Man lächle nicht. Mit jemand, der nicht auf dem Sportplatz zugelassen ist, kann man auch nicht Politik treiben ... Ein derartig Deklassierter ist eben kein „good fellow", kein „sportsman", kein „gentleman" (= anständiger Kerl).

E. H.

Der beleidigte Stephan Großm nn

Unter dem Titel „Die jüdische Canaille" hatte ich einige wörtliche Auszüge aus einem langen Aufsatz Stephan Großmanns aus der „Neuyorker Volkszeitung" gebracht, die eine schamlose Verhöhnung des deutschen Volkes darstellen. Der Biedermann hat nun die Stirn, in der „Münchener Post" zu erklären, daß er mich verklagt habe. In Anbetracht unserer heutigen Rechtsverfassung hat der Hebräer alle Ursache, auf meine Verurteilung zu hoffen: **denn das gesamte deutsche Volk darf man heute ruhig als Hure bezeichnen, ohne daß ein Staatsanwalt einen Finger rührt, aber wenn ein Verfasser von Deutschland verhöhnender Aufsätze als das bezeichnet wird, was er ist, so verfällt der „Beleidiger" der Feme.**

Jede ungeahndete Beschimpfung des deutschen Volkes wird von der feindlichen Presse aufgegriffen und zur Deutschenhetze ausgenützt. Jeder Deutsche hat auf diese Weise unter dem heute ungehindert schriftstellernden jüdischen Gesindel zu leiden. Wenn deutsche Frauen vergewaltigt, wenn deutsche Männer geschlagen und erschossen werden von wütenden Franzosen, so wissen wir, daß diese Franzosen zum großen Teil wütend gemacht wurden durch viele, „deutschen" Zeitungen entnommene Aufsätze. Und „mutig" können sie ruhig werden, wenn solche Aufsätze ungehindert erscheinen, wie der betreffende Stephan Großmanns. Monsieur Großmann bestreitet, für die betreffende amerikanische Zeitung geschrieben zu haben. Die betreffende Ausgabe liegt uns jedoch vor.

Es kann interessant werden. Wir wollen sehen, was ein deutscher Richter heute höher einschätzt: die Ehre des deutschen Volkes oder den Besudler eben dieser Ehre.

Stephan Großmann sagt, er wolle mich vor die Berliner Richter zitieren! Sollte er bestimmte im Auge haben?

Alfred Rosenberg.

Letzte Nachrichten

Die bolschewistischen Hundertschaften.

tu. **Berlin,** 18. April. Zu der Bildung von 15 Hundertschaften der Sozialdemokratischen Partei in Magdeburg wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß es sich hier um eine spontane Abwehrbewegung sich bedroht fühlender Menschen handle. Es handle sich nicht um eine Geheimorganisation, sondern um eine auf dem Boden der Verfassung stehende republikanische Organisation, die sich der Regierung für den Fall von Unruhen zur Verfügung stellen, die sich aber selbst keine polizeilichen oder militärischen Befugnisse aneigne.

Also offizieller Schutz für den Bolschewismus. Was sagst du zu dieser Provokation, Michel?

Zur Deutschenverfolgung.

tu. **Berlin,** 18. April. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages, der die Maßnahmen der preußischen Regierung gegen die Reichsleitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei behandelt, wird die Antragsteller, denen nach Paragraph 31 der Geschäftsordnung das Recht der Anwesenheit zusteht, konnte heute in die Verhandlung abermals nicht eintreten, da die Antragsteller am Erscheinen verhindert waren. Es mußte daher dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden und der Ausschuß beschäftigt sich mit Ersuchen um Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten und wegen Beleidigung des Reichstages, schließlich mit Fragen der Auslegung der Geschäftsordnung.

Die heutige Reichstagssitzung.

tu. **Berlin,** 18. April. Heute setzt der Reichstag die Aussprache über die Außenpolitik der Regierung fort. In derselben wird Abg. Breitscheid für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu dem Programm Rosenbergs Stellung nehmen. Durch die zwischenzeitlichen Darlegungen, besonders Stresemanns, wird dieser bei anderer Gelegenheit eine Bedeutung beigelegt, die noch dadurch unterstrichen wird, daß höchstwahrscheinlich Herr v. Rosenberg in dieser Sitzung nochmals das Wort nehmen wird, um seinen Ausführungen vom Montag noch einige Erläuterungen und Ergänzungen hinzuzufügen.

Der Erzbergererschieber Schulz verhaftet?

tu. **Berlin,** 18. April. Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet aus Halle: Wie dem „Saalfelder Kreisblatt" mitgeteilt wird, ist nach Mitteilung aus der Kriminalabteilung Weimar der Kaufmann Schulz aus Saalfeld, der des Mordes an Erzberger beschuldigt worden ist, in Genua verhaftet worden.

Starkes Steigen des Dollars.

tu. **Berlin, 18. April. Die Dollarnoten erreichten im heutigen Mittagverkehr den Stand von 30 000 und stellten sich dann auf 29 000, nachdem sie in den Vormittagstunden entsprechend der Neuyorker Parität mit 22900 eingesetzt hatten. In stürmischem Tempo setzten auch die übrigen Devisen und auswärtigen Zahlungsmittel ihre Kurssteigerungen fort, ohne daß die Reichsbank bisher mit größeren Abgaben eingegriffen hätte.**

Französische Ausbeutung deutscher Patente.

tu. **Paris,** 18. April. Die interministerielle Kommission zur Ausbeutung deutscher Patente beschloß gestern, alle deutschen Rechte an dem Patent Meißner, das für die Radio-Elektrotechnik außerordentliche Bedeutung hat, dem deutschen Inhaber abzuerkennen und französischen Bewerbern zu übertragen.

Ein neuer Beschluß der Ausbeuterkommission.

tu. **Paris,** 18. April. Die „Reparationskommission" beschloß in ihrer gestrigen Sitzung ein Schiedsgericht wegen der deutschen Konzessionen in der Türkei und in China einzusetzen.

Gallische Zerstörungswut.

tu. **Frankfurt,** 18. April. Am Montag vormittag holten französische Soldaten aus den Schränken der Eisenbahner der Stationen Mainz und Kastel sämtliche Kleider und Schuhe heraus, warfen sie nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" auf einen Haufen und verbrannten diesen. Aktenstücke wurden auf die gleiche Weise vernichtet. Aus den Diensträumen des Mainzer Bahnhofes wurden am Dienstag früh zahlreiche Akten durch die Franzosen entfernt und fortgenommen.

„Sanierung"

's „Bayrische Vaterland" ham i' jetz' vergeb'n
An d'n Miasbecker Tausendsasa Klaus Eck;
Der soll dem Sigl sei(n) Blatt wieder heb'n
Aus 'm Dreck.

I trau' ja dem Mo(n) alles Mögliche zua,
Denn 's Herz, des hat er am richtinga Fleck;
Waar' nur net der Heim mit im Spiel, liaber Bua,
Und der Speck!

Sechs Pfarrer san a no' dabei, guate Nacht!
Gell, Büabei, des is d'r net weiters a Schreck?
Da saugt si' a jeder o(n) von die acht
Wia'r a Zeck!

I fürcht', liaber Bua, i fürcht', wir erleb'n
Am jüdischen Syrup a dort'n no' 's G'schleck,
Und d'r Klasei verzicht't auf die Hitlerziweb'n
Um an Dreck!

D. E.

Ehrenrettung des „Fromm". Lesefrucht aus Friedrich Ludwig Jahns Werken. Neu herausgegeben von Dr. Karl Euler, Hof 1887. — Euler schreibt im 2. Band in der Einleitung: Nicht minder ernst ist die Ehrenrettung des „Fromm" [illegible] dem Turnspruch „Frisch, frei fröhlich, fromm" gemeint (1847 im „Turner" und der „Turnzeitung" erschienen).

Der Spruch ist an sich alt. Schon im 14. Jahrhundert finden wir „Frisch, frô, frey"; ein Reimspruch des 16. Jahrhunderts lautet:

Frisch, frei, fröhlich und frumb
Ist der Studenten Reichtumb.

Jahn hatte den Spruch in das Turnen eingeführt mit den einleitenden Worten: „Tugendsam und tüchtig, wahrhaft und wehrhaft sei des Turners Wandel." So war also das Fromm berechtigt. Nun hatte Johann Heinrich Felsing zu Darmstadt die vier Anfangsbuchstaben F zu einem Turnerzeichen in Form eines Kreuzes zusammengefügt. Auf einer bereits 1844 von der Stadt Darmstadt dem Schülerturnverein geschenkten Fahne (noch jetzt im Besitz der Turngemeinde) standen bereits die vier F als Turnerzeichen.

Auf dem Turnfest zu Heilbronn am 2. und 3. August 1846, zu dem auch die Darmstädter mit ihrer Fahne erschienen waren, schlug in der vorbereitenden Versammlung der Vertreter der Darmstädter Turngemeinde, Felsing, vor, diese von ihm zu einem Kreuz vereinten F als sichtbares Turnerzeichen anzunehmen.

Sofort erhob sich der Mannheimer Advokat Dr. Eller und trug in leidenschaftlichen Worten auf unbedingte Verwerfung des Vorschlages an. Er sei auch ein Turner aber kein Christ sondern ein Jude! Die Zeit des Spruches sei längst vorüber. Das Wort „fromm", so sagte er, „hatte damals ganz andere Bedeutung als heute; was in einer Zeit gut und löblich war paßt auf eine andere nicht mehr; es ist veraltet. Wir sollten weiter gehen und nicht an veraltetem Plunder festkleben — wegwerfen, fallen lassen, was heute nicht mehr passend ist. „Nochmals unbedingt", schloß Dr. Eller, „ich sage unbedingt, muß ein solches Zeichen verworfen werden." Ihm entgegnete Adolf Spieß, der mit Waßmannsdorff von Basel herübergekommen war: „Eine Turnerschaft, so wie wir solche begreifen, kann nur in christlichem Sinn betrachtet werden, rein christlich ist echt fromm, und jeder kann fromm sein und dem Spruch folgen, auch wenn er kein Christ ist. Und wenn von einem Stifter einer solch edlen Sache ein solcher Kernspruch besteht, so muß dieser heilig und ehrwürdig sein für alle Zeit."

Dr. Eller setzte es aber damals trotzdem durch, daß Felsings Vorschlag verworfen wurde. Jahns Aufsatz (Ehrenrettung des „Fromm") bezieht sich also auf dieses Vorkommnis.

Theater

Nationaltheater. „Das Nachtlager von Granada." K. Kreutzers Oper hatte in der Neueinstudierung starken Erfolg. Auf schöner, wirkungsvoller Szenerie bildeten Brodersen als Jäger, Margot Leander als Gabriele, Fritz Krauß als Gomez ein in Gesang und Spiel gut zusammengestimmtes Ensemble.

Böhms musikalische Leitung hielt sich an jenen breit wirkenden Stil, der diesem Lieblingsstück kleinbürgerlicher Romantik mit seiner klangsatten, rhythmisch u. polyphon unbeschwerten Melodik wohl noch für lange Zeit den Platz auf unseren Bühnen sichern wird, den ein anspruchsvolleres Publikum, erschöpft von Anstrengungen differenzierter Spätromantik, schon längst von Händel und Gluck besetzt sehen möchte.

Die Aufführung wurde durch strafferes Tempo mehr gewinnen als durch die Streichungen im zweiten Aufzug. Als räuberisches Hirtentrio boten die HH. Lobsing, Bauberger und Griffi einen köstlichen Anblick, ihre an Brueghel erinnernde Stilisierung drückte allerdings im Bühnenbild die treudeutsche blonde Jägergestalt des Prinzregenten auf die Ebene bloßer Funktionsbedeutung herab.

*

„Wieder Einer". Kapellmeister Franz v. Hößlin, der nach einer ersten Ehe mit Helene Pflaum, jetzt die Jüdin Erna Lilienthal heiratete, hat — wie wir in den Semi-allianzen, 3. Jahrgang, 1914, München 23, Kyffhäuserverlag, und im Semigotha, 1913, S. 264, lesen — selber auch jüdisches Blut, nämlich von seiner Urgroßmutter her. Diese war eine geborene Karoline Seligmann und lebte von 1794—1868. Die Seligmanns, eine Bankhäuslerfamilie, wurden dann in München 1814 nobilitiert und zu „Freiherrn von Eichthal" gemacht.

Das erklärt manches.

Bücherschau

Das Fest auf Calamis und andere Geschichten. Von Paula v. Tranzki. Verlag E. W. Bonsels & Co. Nachf., München. — Das Bändchen enthält Novellen und Skizzen aus Griechenland, Rußland und Bulgarien der Vorkriegszeit. In Form kleiner Liebesgeschichten gibt die Verfasserin heitere und trübe Bilder von Sitten und Gewohnheiten der dortigen Bewohner in schlichtem Erzählerton und beleuchtet schlaglichtartig Zu- und Mißstände, die durch gründliche Werke der großen russischen Dichter längst zum geistigen Besitz des deutschen Volkes geworden sind.

F.

Münchener Beobachter

Deutsche Frauen- und Kindernot

Die Kundgebung der Münchner Frauenorganisationen am Dienstagabend im vollbesetzten Auditorium Maximum der Universität gestaltete sich zu einer wuchtigen und ergreifenden Demonstration der Not deutscher Frauen und Kinder gegen den Vernichtungswillen unserer Feinde. Nach Begrüßungsworten von Frau Stadtrat **Kießelbach** schilderte als erste Referentin Oberschwester **Wörner** das furchtbare Elend in vielen, vielen Familien, das durch die Worte Krankheit, Unterernährung, Wäsche- und Kleidungsmangel, Ungeziefer, Wohnungsnot gekennzeichnet ist. Kleinkinder werden in Pappschachteln und Kommodeschubladen untergebracht, die Tuberkulose fordert steigend ihre Opfer. Die Entbindungskosten sind von 213 M. im Frieden auf 743 000 Mark gestiegen, ein lumpiger Kinderwagen kostet 220 000 M. Die unverschämten Milchpreise verhindern, daß auch nur einigermaßen ausreichende Mengen beschafft werden können.

Frau Studienrat **Käser** schilderte dann die Not der Schulkinder, die keine oder nur sehr schlechte Kleider und Schuhe haben, von denen manche kein Hemd auf dem Leibe tragen, die selbst im Winter barfuß oder in Pappschuhen in die Schule kommen, keine Strümpfe besitzen, Kleidungsstücke Erwachsener umhängen haben, wie nie zuvor verlaust sind und nicht nur körperlich, sondern noch mehr geistig und seelisch leiden. Hauptlehrerin **Zumper** verbreitete sich über die Not der der Schule entwachsenen Jugendlichen, der Lehrlinge, Lehrmädchen, und wies auf die Folgeerscheinungen, Zunahme der Kriminalität, der Geschlechtskrankheiten, des Materialismus hin. Frau Gräfin **Spreti** sprach über die Not der Hausfrauen, die unter den Sorgen des Lebens immer mehr verkümmern, und das Elend der alten Leute, die nicht mehr arbeiten können und nun dem Hungertod ausgeliefert sind.

Folgende Entschließung wurde vorgelegt: „Teuerung und Entbehrung zermürben seit 9 Jahren das deutsche **Volk. Die Drangsale der Fremdherrschaft steigern die Not in entsetzlicher Weise.** Alle Schichten des Volkes werden davon betroffen. Mit unvergleichlicher Kraft und Beharrlichkeit gehen die Frauen der besetzten Gebiete uns als leuchtendes Beispiel voran. Nur die Hoffnung auf den **Sieg der Gerechtigkeit gibt diesen Heldinnen** im Westen und Osten die Stärke, gleich den Männern auszuharren. Wir Frauen und Mütter **Münchens geloben, es ihnen gleichzutun an Willenskraft** und Opfermut. Vereinigt in der Liebe zum Vaterland, **wollen wir hilfsbereit den Brüdern und Schwestern hier wie dort zur Seite stehen.** Wir rufen alle **Opferwilligen** nah und fern auf, mit **uns vereint** unseren Kindern den Weg **zu bereiten** in eine bessere Zukunft, an die wir unerschütterlich **glauben.**“

Die **Entschließung** wurde unter lebhaften Beifallskundgebungen einstimmig angenommen.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die seit mehreren Tagen im Osten unseres Gebietes gelegenen Druckstörungen ziehen in der Richtung nach dem Schwarzen Meer ab. Auf ihrer Rückseite hat sich über dem Kontinent hoher Druck ausgebildet, der allmähliche Aufheiterung erwarten läßt. Daß die Besserung längeren Bestand haben wird, ist nicht wahrscheinlich, da über der Nordsee neue Zirkulationsstörungen zu erkennen sind.

Wettervorhersage für Donnerstag, 19. April: Langsame Aufheiterung, stellenweise Nachtfrost.

Hochverratsaffäre Fuchs-Machhaus. Wir erfahren, daß drei der Beschuldigten, und zwar Hans **Berger**, Gutsbesitzer **Gutemann** und **Munk** wieder aus der Haft entlassen wurden, da keine Verdunkelungsgefahr zu befürchten ist und Fluchtgefahr nicht besteht. Fuchs und Machhaus bleiben in Haft; das Verfahren geht seinen Gang fort.

Der Flugverkehr München—Berlin. Im Interesse der Förderung der Stellung Deutschlands im Weltflugverkehr haben sich die Junkerwerke entschlossen, ihren Flugzeugpark vor allem bei den großen internationalen Luftverkehrslinien einzusetzen. Im Mittelpunkt der dritten internationalen Luftlinie Marseille—Konstantinopel soll bekanntlich München stehen. Trotz der Inanspruchnahme ihres Flugzeugparkes durch diese großen Strecken sind die Junkerwerke jedoch bereit, **dreimal wöchentlich** auch die Strecke München—Berlin zu befliegen, wenn das bayerische Handelsministerium die Garantie für eine 50prozentige Frequenz der zur Personenbeförderung in den Junker-Metall-Limousinen zur Verfügung stehenden Plätze übernimmt. Da die Übernahme dieser Garantie kaum ein Risiko sein dürfte, ist zu hoffen, daß die Luftverkehrslinie München—Berlin auch in diesem Jahr, wenn auch nicht täglich, so doch wenigstens dreimal in der Woche befahren wird.

Bewährungsfrist für die Ruhrflüchtlinge. Wie bereits mitgeteilt, wurde den Ruhrflüchtlingen, die wegen des „Überfalls“ auf die journalistische Trödelbude im Altheimereck Freiheitsstrafen erhielten, mit Wirkung vom 7. Mai Bewährungsfrist zugestanden. Dreier Volksversammlungen hat es bedurft, bis man sich endlich dazu entschloß, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit hätte sein sollen! Unser bayerischen Minister lassen kaum eine Gelegenheit in ihren Reden sich entgehen, um mehr oder minder kräftige nationale Töne anzuschlagen, aber sobald es heißt, auch national zu handeln, da versagen sie; da müssen sie erst von der öffentlichen Meinung vorwärts gestoßen werden! Was wir aber brauchen, das ist eine Regierung, die die Fahne im Ansturm gegen den jüdischen Marxismus voranträgt!

Die Not der Saalbesitzer und das Tanzverbot. Die Saalbesitzer haben sich neuerdings durch eine Abordnung an den Minister des Innern Dr. Schweyer gewandt, um unter Darlegung aller ihrer Gründe wegen einer Aufhebung des Tanzverbotes vorstellig zu werden. Wir sind bekanntlich s. Z. entschieden dagegen aufgetreten, daß in dieser furchtbaren Zeit tiefster völkischer Schmach und größten wirtschaftlichen Elends dem Tanzvergnügen gehuldigt werde. Aber es stellte sich bald wieder einmal die Wahrheit des Satzes heraus, daß Gesetze dazu da sind, um umgangen zu werden, und während in den großen öffentlichen Sälen das Tanzbein nicht geschwungen werden durfte, wirbelten Männlein und Weiblein in den Schlemmerstätten um so lustiger herum, als sie wußten, daß solche Schieberlokale auffallend unbehelligt von der Polizei bleiben. **Angesichts dieser Tatsache drängt sich doch die Frage auf, warum just die Saalbesitzer der leidende Teil sein sollen.** In der Schweiz, die unter dem Ausbleiben des Fremdenstroms außerordentlich leidet, vergütet der Staat dem Hotelgewerbe und den damit zusammenhängenden Betrieben den Ausfall; man darf also wohl erwarten, daß sich auch in Bayern ein Ausweg findet, um die Saalbesitzer einigermaßen schadlos zu halten. Wie wir dazu hören, wird sich der Landtag bereits demnächst mit dieser Frage beschäftigen.

Verhaftete Schwindler. Festgenommen wurde ein 23 Jahre alter, bereits 19mal vorbestrafter Hilfsarbeiter, der einem Schlosserlehrling gelbe Schuhe abschwindelte mit dem Bemerken, ein Feldwebel kaufe sie ihm um 100 000 M. ab. Zwei Arbeitern schwindelte derselbe Kerl Uhren ab. Ein anderer Gauner schwindelte als angeblicher Holzeinkäufer einer großen Münchner Firma angeblich zum Holzeinkauf goldene und silberne Uhren heraus, um diese zu Geld für den Holzankauf zu machen. Die Uhren verkaufte er, das Geld verjubelte er.

Ein Abgeordneter als Butterschieber. Der aus dem Bauernbunde ausgeschlossene Abg. **Willer**, seines Zeichens ein Münchener Rechtsanwalt unverkennbar jüdischen Aussehens und Gehabens, der vor einiger Zeit schon unliebsam von sich reden gemacht hat, als er von einem Klienten ein übermäßiges Honorar forderte, steht im Verdacht, bei einer Butterschiebung Beihilfe geleistet zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat beim Landtag um Genehmigung der Strafverfolgung nachgesucht. Diese Genehmigung wurde vom Geschäftsordnungsausschuß gegen die Stimmen der Bauernbündler und Marxisten erteilt.

Diebstahl. Aus einem Gastzimmer eines Hotels in Freising wurden zwei Zinnpokale, 60 Zentimeter hoch, im Werte von 1 Million Mark gestohlen. Der eine, ein sogen. Bäckerpokal, ist mit einer Bretzen-Gravierung und der Eingravierung „vom Herbergsvater Franz Dettenhofer“ versehen. Der zweite Pokal hat die Gravierung „Krieger- und Veteranen-Verein, Freising“.

Kleine Chronik. Aus einer Wohnung an der Maistraße wurde ein dunkelblaues Seidenkleid (Theaterkostüm), Wert 600 000 M., gestohlen. — Beim 14. Kriminalbezirk der Polizeidirektion befinden sich als vermutlich gestohlen 3 Kistchen mit je 12 Kilo Drahtstiften und 8 Pakete Gurtenstiften, die im Ostbahnhof hinterstellt und nicht mehr abgeholt wurden.

In der Ohlmüllerstraße wurde eine 67 Jahre alte Schreinermeisterswitwe von einem Radfahrer überrannt und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. — In der Schwanthalerstraße kam ein Spezereihändler aus Feldmoching mit seinem Rade zu Fall und erlitt ebenfalls eine schwere Gehirnerschütterung. — Am Bahnhofplatz wurde ein 40 Jahre alter Werkmeister von einem Privatauto überfahren und schwer verletzt. — In der Sendlinger Straße entstand Dienstag nachts in einer Wohnung ein Fuß- und Fehlbodenbrand, dem auch Einrichtungsgegenstände zum Opfer fielen.

An unsere auswärtigen Streifbandbezieher!

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir Abbestellungen nur entgegennehmen können, wenn dieselben

bis 20. des noch zu beliefernden Monats

beim Verlag, Thierschstr. 15

einlaufen. Später oder gar in dem Monat, in welchem Zustellung nicht mehr gewünscht wird, zugesandte Abbestellungen können wir nicht berücksichtigen. Die Bezugsgebühr ist in diesem Falle für den begonnenen Monat ganz zu leisten.

Mit deutschem Gruß

„Völkischer Beobachter“

Verlag F. Eher Nachfolger, G. m. b. H.

Achtung! Hundebesitzer! Zufolge hundepolizeilicher Anordnung haben die Besitzer von Hunden, welche zur Schau von Airedales-, Irish-, Scotch-, Skye-Terriern am 22. April 1923, vormittags 9 Uhr, in der „Schmellerhalle“ an der Tumblingerstraße von **auswärts** gebracht werden, ein Zeugnis darüber vorzulegen, daß die Tiere aus einem nicht verseuchten Gebiete kommen.

Verwaltungsakademie. Die Vorlesungen des Sommersemesters beginnen Mittwoch, den 2. Mai, abends 7 Uhr. Die Einschreibung kann täglich in der Zeit von Montag, den 23. bis Samstag, den 28. d. M., in der Geschäftsstelle des Bayerischen Beamtenbundes, Residenz, zwischen 10 und 6 Uhr, Samstag zwischen 8 und 1 Uhr erfolgen.

Verein für das Deutschtum im Auslande. Die Männer-Ortsgruppe München des Vereins für das Deutschtum im Auslande hält am **Mittwoch**, den 25. April, abends 8 Uhr, im **Saal 6** (2. Stock) des **Kreuzbräu, Brunnstr. 7**, ihre ordentliche Generalversammlung ab. Im Anschluß an dieselbe wird Herr Schulrat Dr. **Rohmeder** über die Deutschtumsarbeit in Südtirol und dem Böhmerwaldgau berichten.

Eröffnung des Speiserestaurants „Tattersall“. Am 1. April hat Herr Robert Bock, ehem. Küchenmeister der Gaststätten Humpelmayr, ein Speiserestaurant in der Amalienstraße 46 eröffnet. Die Räume wurden vollständig erneuert, so daß nun ein Lokal entstanden ist, das einen recht gemütlichen Aufenthalt bietet. Herr Bock, der als ausgezeichneter Koch bekannt ist, arbeitet selbst an seinem Herd und ist bemüht, seinen Gästen bei mäßiger Berechnung in jeder Weise entgegenzukommen. Wir können dieses Lokal bestens empfehlen.

Die Fahrradgroßhandlung Trapböner, Rumfordstr. 48, gibt im Anzeigenteil bekannt, daß sie die von der Fahrrad-Gummi-Reifen-Industrie jetzt in den Preisen für Fahrradgummi nachgelassenen 20 Prozent infolge frühzeitiger und günstiger Einkäufe in ihren bisherigen Preisen überhaupt nicht eingerechnet hat. Trotzdem aber hat die Firma ab 13. April ihre an sich schon niedrigen Preise auf Fahrradgummi noch weiter ermäßigt.

*

Bestattungen

am 19. April:

Südfriedhof: Georg Waldherr, Gastwirt, 56 J., 2 Uhr. — Maria Wirnseer, Metzgersgattin, 45 Jahre, 3 Uhr. — Babette Rast, Rechnungsratswitwe, 85 J., 2¼ Uhr.

Ostfriedhof: Ottmar Ungewitter, Schreiner, 77 J., 3 Uhr. — Georg Fußeder, ehem. Müller, 77 J., 2¼ Uhr. — Maria Cornelius, Friseurskind, 2 J. 16 Tage, 2 Uhr. — Anna Hobmeier, Händlerskind, 8 Monate, 2 Uhr. — Anna Träger, Straßenbahnschaffnerskind, 10 Min., 2½ Uhr. Lotte Walser, 1 J. 1 Mt., 1¾ Uhr.

Nordfriedhof (Schw.): Ernst von Streit, Rückvers.-Beamter, 46 J., 3 Uhr. — Emma Schmidt, Stenotypistin, 36 J., 3¼ Uhr.

Westfriedhof (Mosi.): Maria Hagl, Maurersgattin, 38 J., 4¼ Uhr. — Magd. Enders, Stationsdienerswitwe, 80 J., 2½ Uhr. — Anton Müller, ehem. Krämer, 79 J., 3 Uhr. — Johann Ludwig, Tapeziererskind, 4 Mt. 21 T., 2¼ Uhr. — Karoline Lang, 10 J. 6 Mt., 4 Uhr.

Waldfriedhof: Agnes Schmid, Schleiferskind, 6 Mt., 3 Uhr.

Briefkasten

J. A. B., Wien VII. Kö 30000 erhalten. Ihr Konto hat ein Guthaben z. Ihr. G. v. 2000 Kö. Treudeutschen Gruß.

Dr. J. H., Wien 13: Die erw. Kö 20 000.— stehen zu Ihrer Verfügung; wir verrechnen sie sodann im Mai. Treudeutschen Gruß!

Der Fleischwucher der norddeutschen Viehjuden

Die rückgratlose bayerische Regierung

München, 18. April.

Der Verband zur Bekämpfung von Preistreiberei und Kettenhandel auf dem Münchener Schlacht- und Viehhof, eine aus Metzgermeistern außerhalb der Zwangsinnungen bestehende, neu gegründete freie Vereinigung, hielt im Nebensaale des Franziskaner-Leistbräu-Ausschankes in der Sendlingerstraße eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. **Vorsitzender Anton Selenwagner** gab vorerst bekannt, daß die junge Organisation gerade in den letzten Tagen durch bedeutenden Mitgliederzuwachs eine Stärkung erfahren habe und nun weit über hundert Berufskollegen vereinige. Weiters teilte der Versammlungsleiter mit, daß, obwohl er in der letzten Innungsversammlung in die neu zu gründende Preisüberwachungskommission für den Münchener Viehmarkt abgeordnet worden sei, man ihn trotzdem in die Richtpreis-Kommission hineinbefohlen habe, weil die erstgenannte Kommission trotz bestimmter Zusage des Stadtrates bis heute noch nicht das Licht der Welt erblickt habe. Aus der Richtpreiskommission sei er jedoch bereits wieder ausgetreten, und zwar aus folgenden Gründen:

In der Sitzung dieser Kommission vor dem Markte am Mittwoch, den 4. April, hatten die Kleinviehkommissionäre Joseph Dangl und Joseph Kienberger eine Erhöhung der Kälber- und Schweinepreise gegen die frühere Woche um 100 M. bzw. 200 M. das Pfund beantragt und diese Forderung damit begründet, daß nach angeblich ihnen aus Produzenten- und Händlerkreisen zugegangener Mitteilung **mit dem Lieferboykott des Münchener Marktes gedroht worden sei**, wenn für solche Tiere künftig nicht bessere Preise erzielt würden. Nach längeren Auseinandersetzungen, bei welchen die in der Kommission tätigen Mitglieder des Metzgergewerbes erklärten, für einen solchen Lieferstreik die volle persönliche Verantwortung übernehmen zu wollen, hätten sich die Vertreter der Kommissionäre mit dieser Erklärung zufrieden gegeben und versprochen, die Preise für diese Tiergattungen unverändert zu belassen.

Die Kommissionäre hätten aber trotzdem in wortbrüchiger Weise die Preise noch an diesem Markttage um die erwähnten Beträge erhöht, ohne daß trotz sofort erfolgter Beschwerde die Schlachthofdirekton Veranlassung genommen hätte, gegen dieses Verhalten einzuschreiten. Eine solche „hanswurstmäßige“ Behandlung durch die Kommissionäre lasse er sich nicht gefallen und er habe deshalb seine Konsequenzen gezogen. Die Versammlung billigte einhellig den Entschluß des Vorsitzenden.

Im Anschlusse stellte dann Selenwagner noch fest, daß in dieser Hinsicht die Großviehkommissionäre gegenüber ihren Kunden des Metzgergewerbes viel zuvorkommender seien, als die Kleinviehkommissionäre und daß für letztere der Vorwurf der Preistreiberei als berechtigt, glatt erwiesen sei. Warum soll das mitten im Produktionsgebiet gelegene München die gleichen Viehpreise bezahlen müssen wie Berlin, wo noch hohe Frachtkosten und auch ein viel kaufkräftigeres Publikum in Frage kommen?

Eine weitere Rüge des Versammlungsleiters lautete dahin, daß nach einer ihm zugegangenen, durch Beweismaterial erhärteten Information, welche er auch bereits für eine Strafanzeige verwertet habe, der Kleinviehkommissionär Johann Gaigl an einen Metzgermeister drei Schweine zum Lebendgewichtspreise von 1 700 000 M. verkauft, jedoch geschlachtet geliefert, hierfür einen Schlachtgewichtspreis von 1 828 000 M. gefordert und so neben der amtlich festgesetzten Vermittlerprovision einen Sondergewinn von 128 000 M. in die eigene Tasche gesteckt habe, obgleich nach den Vorschriften der Münchener Marktordnung lebend zum Markt gebrachte Schlachttiere von den Kommissionären lebend auf den Markt gestellt und nur dann geschlachtet verkauft werden dürfen, wenn ein vorerst versuchter Lebendverkauf nicht möglich war. Ein anderer, ähnlicher Fall, bei dem für 4 Schweine von einem anderen Kommissionär ein Nebenverdienst von über 200 000 M. auf diese Weise erzielt worden sein soll, befindet sich im Stadium des Ermittlungsverfahrens, und wird ebenfalls unnachsichtlich verfolgt werden.

Redner ersuchte hierauf dringend, alle weiteren ähnlichen Fälle, für welche stichhaltige Beweise erbracht werden, ebenfalls zu seiner Kenntnis zu bringen. **Bei solchen Tatsachen frage man sich, ob die Behauptung, daß die hauptsächlichsten Preistreiber bei den Kommissionären, glücklicherweise nicht bei allen, zu suchen seien, nicht gerechtfertigt sei. Tausende von Familien müssen dem Fleischgenuß aus Not ganz entsagen, und solche Leute stecken mühelos vor den Augen der städtischen Behörden aus dieser Notlage Millionengewinne in die Tasche, die sie dann trotz der Not der Zeit zu kostspieligen sportlichen und auch sonstigen Passionen verbrauchen.**

In der Aussprache bedauerte Meister Karl **Gietl**, daß die Schlachthofdirektion nicht hinlänglich bestrebt ist, den Vorschriften der Marktordnung Nachdruck zu verleihen und solche Manipulationen, wie sie soeben geschildert, auszumerzen und dadurch mehr Rückgrat zu zeigen. **Die Forderung auf Ausfuhrbeschränkungen müsse trotz ihrer Ablehnung immer wieder neu erhoben werden. Die in Bayern ansässigen Händler führen bittere Klage darüber, daß sie fast kein Vieh mehr bekommen, weil die jüdischen Händler aus Norddeutschland das ganze bayerische Oberland überschwemmen, und namentlich für Schweine schon ab Stall die Münchener Marktpreise bieten. Die gekauften Tiere wandern dann mittelst Autos in oft riesigen Karawanen ins besetzte Gebiet. Wohin der Weg von dort geht, ist trotz aller Ableugnungen ein offenes Geheimnis.**

Vorsitzender **Selenwagner** ergriff hierauf erneut das Wort zu schweren Vorwürfen.

Es wäre doch zum Lachen, zu behaupten, daß der Marktzwang für Exportvieh nicht durchführbar wäre, wenn die bayerische Regierung das nötige Rückgrat zeigen würde. Er behauptete erneut, daß besonders auf dem Schweinemarkt ein verabscheuungswürdiger Kettenhandel getrieben werde, und zwar vor den Augen des Aufsichtspersonals, das mit Blindheit geschlagen wäre, wenn es davon nichts sehen würde. Er behauptet ferner erneut, daß jene 5—6 Personen, welche diese unlauteren Manipulationen machen, ihren Auftraggebern deshalb die schönsten Schweine zubringen, weil sie von denselben — „abgeschmiert“ — sind.

„Warum verklagen mich diese Leute nicht, um den Wahrheitsbeweis antreten zu können, sondern begnügen sich mit „Berichtigungserklärungen“ in den Zeitungen?“ Lohnschlächter suchen sich, angeblich im Auftrag von Metzgermeistern unter dem Deckmantel der erlaubten Vorbestellung, vor dem Markte die schönsten Schweine aus, schlachten dieselben und verkaufen sie tot an die „Meistbietenden“. Welchen anderen Namen verdient ein solches Gebaren, als Kettenhandel und Preistreiberei? Und, — die Aufsichtsbeamten des Viehhofes sind blind und die Herren von der Innungsleitung sind auch blind. —

Zum Schlusse wurden noch verschiedene andere gewerbliche Angelegenheiten zur Sprache gebracht. In erster Linie teilte Vorsitzender mit, der heute verhinderte Metzgermeister Schnitzler habe ihn beauftragt, die Versammlung davon in Kenntnis zu setzen, er habe ein Zwiegespräch des Obermeisters Kloiber mit einer im Geruche der Protzigkeit stehenden Großviehkommissionärsfrau mit angehört, in dem sich letztere dahin beschwerte, daß besagte Organisation die Verdienstprovisionen der Kommissionäre geschmälert wissen wolle. Obermeister Kloiber habe daraufhin erklärt: A pah! Diese Absicht gehe nur von ein paar jungen Leuten aus, die vergessen haben, was sie früher waren. Eine solche Geringschätzung der jüngeren Meister müsse entschieden zurückgewiesen werden! Leute, welche schon eine 23jährige Tätigkeit im Gewerbe hinter sich haben, sind denn doch nicht mehr so jung und unerfahren, daß eine solche Geringschätzung ihrer Person berechtigt wäre. Außerdem waren Anregungen von jüngeren Leuten oftmals schon ebenso taktvoll und zweckdienlich, wie solche von älteren erprobten Männern. Schließlich habe es namentlich im Metzgergewerbe wohl wenig Leute gegeben, welche als Großkapitalisten das Licht der Welt erblickten, es daher nicht nötig hatten, vor ihrer Meisterschaft zuerst einen Lehrling und dann einen Gesellen zu machen.

Eine weitere Beschwerde lautete dahin, daß seit neuerer Zeit gegen die Viehmarktsbank zahlreiche Beschwerden über Beanstandungen der nicht sogleich nachgezählten Einzahlungssummen zum Schaden der Einzahler einlaufen. Den Beschwerdeführern wurde Selbsthilfe dahin empfohlen, daß nach dem Grundsatz „gleiches Recht für alle, ähnlich wie es die Viehmarktsbank ihrerseits bei Auszahlungen tut, auch der Einzahler jede weitere Haftung ablehnen solle, wenn die eingezahlte Summe nicht sofort nachgezählt wird.“

Münchener Rathaus

Viel Lärm um nichts

Der Stadtrat unterhielt sich in mehr als einstündiger Auseinandersetzung darüber, ob die Haushaltsausschuß-Sitzungen öffentlich sein sollen, wie ein Antrag der demokratischen Fraktion verlangt, oder geheim. Die B.S.P., an ihrer Spitze Bürgermeister Schmid, setzte sich im Verein mit ihrer Kampfgenossin im Stadtrat, der Bayerischen Volkspartei, für den Ausschluß der Öffentlichkeit ein. Bürgermeister Schmid mußte sich zwar sagen lassen, daß er früher, als seine Partei noch nicht „die Partei der Spießbürger" gewesen sei, in einer Unzahl Artikel in der Altheimereckerin für die Öffentlichkeit der Haushaltberatungen eingetreten ist, aber die B.S.P. hielt an ihrem Standpunkt fest. Wir unserseits halten den Streit, ob öffentlich oder nicht, für eine Harlekinade. Die Münchener Bevölkerung weiß schon seit langem, was sie von dem Stadtrat dieser Zusammensetzung zu halten hat. Was sie lebhaft interessiert, ist nur das eine, wie lange die rote Mißwirtschaft im Rathaus noch dauert.

Notstandsmaßnahmen für Sozial- und Kleinrentnerfürsorge

Die Änderung des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen für Sozialrentner vom 21. März 1923 bringt u. a. eine Vervierfachung der Sätze für die Sozialrentner. Die Gemeinden sind an der Aufbringung der Kosten für die Durchführung der Maßnahmen mit einem Fünftel beteiligt. Aus der Änderung des Gesetzes berechnen sich für die Stadtgemeinde München neben der bisherigen Belastung von jährlich 156 Millionen Mark eine Mehrbelastung von jährlich 468 Millionen M. Die Kleinrentnerfürsorge ist nach den Beschlüssen der Stadtgemeinde München wie auch nach dem neuerlichen Reichsgesetz über Fürsorge für Kleinrentner und der ihnen gleichgestellten Personen an das Sozialrentnergesetz angeschlossen. Demgemäß haben auch hier die entsprechenden Erhöhungen einzutreten. Dies bedeutet neben der bisherigen Belastung der Gemeinde von jährlich 47 Mill. M. eine Mehrbelastung von 141 Mill. M. im Jahr. Der Hauptausschuß des Stadtrates hat mit Rücksicht auf diese gewaltige Mehrbelastung der Stadt folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Sozialrentner- und Kleinrentnerfürsorge ist von der Gemeinde in vollem Umfange nach den nunmehr geltenden Bestimmungen durchzuführen.

2. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge darf aber von den Bezirkswohlfahrtsämtern erst durchgeführt werden, wenn das Reich die auf seinen Anteil an der Durchführung der Fürsorge treffenden Mittel vorschußweise zur Verfügung gestellt hat, und wenn die Stadtgemeinde beschlußmäßige Deckung für den Mehraufwand gefunden hat. Der Mehraufwand, den die Stadtgemeinde zu tragen hat, ist, soweit das Jahr 1923 in Frage kommt, in die nächste Deckungsvorlage aufzunehmen.

3. Die den Sozial- und Kleinrentnern gewährte Brot-, Gas- und Stromverbilligung ist, da sie aus Mitteln der Gemeinde durchgeführt wird, auf den die Gemeinde treffenden Anteil an den Unterstützungen zur Hälfte anzurechnen.

4. Mit Rücksicht auf die Höhe der nunmehrigen Unterstützungssätze sind außerordentliche Unterstützungen auf Kosten der Gemeinde auf das Alleräußerste zu beschränken und nur mehr in begründeten Ausnahmefällen zu gewähren. Barunterstützungen werden hier kaum mehr in Frage kommen können.

5. Es muß erneut der Versuch gemacht werden, daß das Land ein Zehntel der Kosten der Sozialrentner- und Kleinrentnerfürsorge übernimmt. Hierwegen sind sofort dringende Vorstellungen an den Landtag und die zuständigen Ministerien zu richten und der Bayer. Städtebund aufzufordern, im gleichen Sinne tätig zu sein.

6. Da das Kleinrentnergesetz Angleichung an die Sozialrentnerfürsorge vorsieht, gelten die Bestimmungen entsprechend auch für die Kleinrentnerfürsorge.

Aus dem Landtag

Der Handelsetat

München, 18. April.

Das Landtagsplenum begann am Dienstag nachmittag die Beratung des Handelsetats und setzte diese am Mittwoch vormittag fort. Minister von Meinel hatte Gelegenheit, zum erstenmal als Minister den Etat zu vertreten, dessen Belange auch unter der alten Organisation der Abteilung für Handel, Industrie und Gewerbe er fast 25 Jahre schon gegenüber der Volksvertretung wahrgenommen hat. Der Minister, dem das Haus in der üblichen Weise zuhörte, d. h. nicht zuhörte, erklärte einleitend seine Bereitwilligkeit, die bayerische Wirtschaft innerhalb der deutschen jederzeit zur Geltung zu bringen, und schilderte dann eingehend die furchtbaren Verheerungen des Versailler Vertrages und der unter seinem Deckmantel betriebenen Politik der Ultimaten und Sanktionen. Das deutsche Volksvermögen hat sich um die Hälfte verringert, der frühere Überschuß der deutschen Wirtschaft in einen ständigen Fehlbetrag — bis zu 11 Goldmilliarden — verwandelt; das deutsche Volk zehrt von der Substanz der Vermögensreste. Das Gesamtpassivum der deutschen Zahlungsbilanz in den letzten vier Jahren beträgt rund 14 Milliarden Goldmark. Der Reichshaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von über 6,3 Billionen Mark ab, obwohl das deutsche Volk steuerlich weitaus am höchsten belastet ist. „Der Schleier der Inflation, der die ungeheuere Fehlbetragswirtschaft etwas verdeckt hat, wurde durch die Entwicklung des letzten Jahres zerrissen und die wirtschaftliche Scheinblüte hat sich als die Ausdrucksform einer chronischen Wirtschaftskrise und einer sozialen Umschichtung von verhängnisvollen Ausmaßen enthüllt."

Dem marxistischen Geschwätz von den Sachwerten und deren Erfassung gegenüber hätte der Minister nicht wirkungsvoller begegnen können als durch den Hinweis darauf, daß die „ungeheuren" Gewinne der Industrie, in Goldmark umgerechnet, einen geradezu jämmerlichen Prozentsatz ergeben, dem allerdings die zunehmende Verarmung der Beamten und Festbesoldeten würdig zur Seite steht. Herr von Meinel vermeidet parteipolitische Anspielungen und führt nur nackte Tatsachen und Ziffern vor; aber das macht seine Ausführungen nicht weniger beweiskräftig für den, der sehen will, und dazu zählen weder die Franzosen und das belgische Raubgeschmeiß, noch die Marxisten und Pazifisten, die mit den Lügen vom deutschen Reichtum immer den Feinden Waffen liefern. Das Wort von der Tragödie des deutschen Mittelstandes, sprach der Minister, ist furchtbare Wirklichkeit geworden; hier liegt eine Gefährdung unserer nationalen Entwicklung vor.

Über die bayerische Wirtschaftslage wußte der Minister wenig Tröstliches zu berichten. Der Absatz stockt infolge Schwächung der Kaufkraft in immer breiteren Schichten, die Kreditnot steigt, ebenso die allgemeine Unsicherheit der Verhältnisse, die auf das Geschäftsleben drückt und zu (von mancher Seite auch künstlich gemachten) Stillegungen und zur Kurzarbeit führt. Dem Herrn Groener gegenüber verwies der Minister neuerdings auf die verhängnisvolle Belastung des bayerischen Wirtschaftslebens durch die wahnsinnigen Frachten, um dann auf die Schwierigkeiten des reellen Handels und des Handwerks hinzuweisen.

Zum Schluß gab Herr von Meinel einen Ausblick auf das Kommende. „Das Schicksal der bayerischen Wirtschaft in der Zukunft wird gleich dem der Gesamtwirtschaft am Rhein und an der Ruhr entschieden werden, wo Frankreich seine politischen Ziele durch die Machtgrundlage eines europäischen Kohlen- und Eisenmonopols zu unterbauen versucht und wo wahrhaft ein Kampf auf Leben und Tod geführt wird. Zu einer wirklichen Verständigung kann es nur kommen, wenn der Franzose auf seine politischen Vergewaltigungspläne verzichtet, von seinen unerfüllbaren wirtschaftlichen Forderungen abläßt, wenn er einsieht, daß zur Erlangung von Reaprationen er die Vorbedingungen für eine erhöhte Erzeugung in Deutschland und ihren Absatz im Ausland schaffen helfen muß. Wer glaubt, aus dem deutschen Arbeiter mit der Peitsche (größere Leistungen herausholen zu können, verrechnet sich. Die Brüder im besetzten Gebiet, denen wir heißen Dank für ihr zähes Heldenringen schulden, haben uns auch den Glauben an die Zukunft wiedergegeben und ihr Vorbild soll unserem Wirtschaftsleben Wegweiser sein."

Nach dem Minister sprach der Redner der Bayer. Volkspartei Abg. Dr. Schlittenbauer, der sich eingehend mit den Wünschen von Handel, Industrie und Gewerbe auf verkehrspolitischem Gebiete befaßte, wobei Groener einige wohlverdiente Hiebe für sein geringes Interesse abbekam.

Der marxistische Ab. Bauer forderte die Einstellung der Wirtschaft unter Mitwirkung der Arbeitnehmer nicht auf den Profit, sondern auf den Bedarf. Es ist das alte Übung der Marxisten, bei jeder Gelegenheit das Parteiprogramm zu reiten. Auch Bauer weiß genau, daß in Bayern keine Möglichkeit zu solchen Experimenten besteht und daß schon der alte Bebel gesagt hat: Ohne Profit raucht kein Schornstein! Wäre es den Marxisten mit ihrem Kampf gegen den Kapitalismus je ernst gewesen, dann hätte er sich nicht gerade unter ihrer Mitherrschaft so mächtig entwickeln dürfen!

In der Mittwochsitzung breitete der Mittelständler Abg. Irl von der Bayerischen Volkspartei seine Kenntnisse aus. Er gehört zu den biederen Handwerksrettern alten Schlages, die immer noch Heil von der Regierung und den Parlamenten erhoffen.

Der Pfälzer Abg. Gollwitzer von der Deutschen Volkspartei betonte, das wirtschaftliche Schicksal Bayerns werde am Rhein entschieden. Seine Partei sei für den Abbau der Republikschutzgesetze; aber heute müßten alle innerpolitischen Forderungen hinter den außenpolitischen Notwendigkeiten zurücktreten. Die alte Leier! Bayern müsse in der Grundstimmung deutsche, in der Schattierung bayerische Wirtschaftspolitik treiben. Ohne außerbayerisches Kapital sei die bayerische Industrie nicht lebens- und entwicklungsfähig.

Dann sprach der Nürnberger Demokrat und Kommerzienrat Abg. Häberlein, der seinem Freund Hamm ein hohes Loblied sang und den neuen Minister seines Vertrauens versicherte. An der heutigen trostlosen Lage tragen nicht einzelne Berufskreise und -gruppen die Schuld, sondern in erster Linie das Versailler Diktat. Natürlich hofft auch Häberlein immer noch im Stillen, daß die anderen Völker endlich aus eigenem Interesse die Nöte des bayerischen Volkes besser würdigen, und er verlangt die gänzliche Einstellung des innerpolitischen Kampfes. Kein Klassen-, aber auch kein Rassenkampf! Er weist hin auf die wachsende privatwirtschaftliche Verschuldung Deutschlands an das Ausland (lies an das jüdische Weltkapital) und die zunehmende Überfremdung.

Dann vertagte sich das Haus, da noch sieben Redner ihre Weisheit loslassen wollen, auf Donnerstag vormittag.

•

Der Etat des Innern

Bei der Beratung des Etats des Innern im Staatshaushaltsausschuß betont der Berichterstatter Abg. Graf v. Pestalozza die Notwendigkeit, daß das kommende Selbstverwaltungsgesetz alle auf die Gemeinden bezüglichen Fragen zusammenfaßt und besonders die Frage untersucht, ob das Zweikammersystem in den Gemeinden wieder eingeführt werden kann. Die fremdenpolizeilichen Bestimmungen haben sich bewährt und können noch nicht aufgehoben werden, der Vollzug freilich soll ohne kleinliche Schikanen vor sich gehen, besonders da die Gefahr von Repressalien droht. Zu den zahlreichen Beamtenpetitionen bemerkte der Berichterstatter, die Möglichkeit zu persönlichen Hebungen sei heute, nach dem Übergang von der alten zur neuen Besoldungsordnung, auch nicht mehr vorhanden; das Gegenteil würde zu einer Personalienpolitik und zur Korruption führen.

Wie weit diese Korruption bereits da ist, erwies gleich darauf der Berichterstatter selbst, indem er die Regierung fragte, wie es komme, daß ein früherer Rechtsanwalt, der wegen Untreue vorbestraft und daher aus dem Stande der Rechtsanwälte ausgeschlossen worden sei, zum Regierungsrat erster Klasse ernannt wurde. (Warum hat Pestalozza den Namen des Herrn und das betreffende Ministerium nicht genannt?) Die Regierung müsse Auskunft darüber geben, warum in diesem Falle die gute alte Beamtentradition verlassen wurde, während anderseits frühere Rechtspraktikanten infolge der Kriegsdienstzeit eine Benachteiligung bei der Beförderung erleiden.

Minister Dr. Schweyer dankte den Beamten aller Dienstgrade und unterstrich dann, daß in den Kreisen der mittleren und unteren Beamten Mißstimmung herrsche wegen der Beförderungsverhältnisse bei den oberen Gruppen. Er würde es begrüßen, wenn den Beamten einigermaßen entgegengekommen würde. Eine einheitliche Personalpolitik wäre durch die Schaffung eines Staatspräsidenten gewährleistet, der Ministerpräsident habe in dieser Beziehung keine Rechte. Bei den Kriegsteilnehmern bestehen gewisse Unbilligkeiten; es sei aber Abhilfe geplant. Zur Not der Presse bemerkte der Minister, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Der Redner der Bayer. Volkspartei, Abg. Theodor Auer, befürwortete eine strenge Handhabung der Fremdenpolizei selbst auf die Gefahr einzelner Härten hin, damit wirtschaftliche Ausbeutung und politische Verhetzung vermieden werden können, soweit das möglich ist. Die Landeswucherabwehrstelle und die Preisprüfungsstelle ermahnte er zu schärferem Vorgehen.

Die Beratungen wurden auf Donnerstag nachmittag vertagt.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Hitler-Spende

Am kommenden Freitag feiert unser verehrter Führer Adolf Hitler seinen 34. Geburtstag. Seine nächsten Freunde und Mitarbeiter vereinigen sich mit ungezählten Parteigenossen in dem Wunsche, ihm, dem hervorragendsten Führer der gesamten deutschen Freiheitsbewegung, bei den Feinden des deutschen Gedankens aber auch am meisten gefürchteten und gehaßten Manne zu seinem Ehrentag eine besondere Freude zu bereiten.

Dies geschieht am besten und in der für unseren Führer sicherlich wertvollsten Weise, wenn wir das, von jedem Nationalsozialisten bei seinem Eintritt in die Bewegung abgegebene Gelöbnis, mit ganzer Kraft unserer Sache zu dienen, anläßlich des Geburtstages des Führers der Bewegung in die Tat umsetzen und durch eine großzügige einmalige außerordentliche Spende für den Kampfschatz der Partei unter dem Namen

Hitlerspende

unserem Führer die Mittel geben, die er unbedingt braucht, wenn sein unermüdliches und aufopferungsvolles Schaffen für uns von durchschlagendem Erfolg sein soll.

Die auf dem letzten Sprechabend der Partei im Mathäserfestsaal gegebene Anregung, auf diese Weise dem Führer unsere Dankbarkeit zu beweisen, fand die stürmische Zustimmung aller Versammelten.

Wir richten deshalb an alle unsere Parteigenossen, aber auch an alle Freunde und Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung die Aufforderung, anläßlich des Geburtstages unseres Adolf Hitler einen einmaligen, freiwilligen, möglichst hohen Beitrag zum Kampfschatz der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu geben.

Einzahlungen werden entgegengenommen im Parteilokal, Corneliusstraße 12, im Geschäftslokal des Parteiorgans „Völkischer Beobachter", Thierschstraße 15, in der Kanzlei der Schriftleitung des „Völkischen Beobachters", Schellingstraße 39/I, sowie auf unser Postscheckkonto 23319 unter dem Stichwort „Hitlerspende".

Die Übergabe der „Hitlerspende" erfolgt in der großen öffentlichen Massenkundgebung am Geburtstag unseres Führers, Freitag, den 20. April, im Zirkus Krone, durch eine zu diesem Zwecke gebildete Abordnung von Parteigenossen, an deren Spitze der Ehrenvorsitzende und Gründer der Partei, Pg. Anton Drexler steht.

Es wird der Stolz eines jeden Nationalsozialisten sein, nach besten Kräften und Können an der den Namen unseres verehrten Führers tragenden Spende für unseren Kampfschatz beteiligt gewesen zu sein.

Versammlungskalender

Die erhöhte Werbetätigkeit unserer Partei der letzten Wochen geht weiter. Im Mittelpunkt des großen Propagandafeldzuges gegen die Lüge und tausendfältige Verleumdung, mit der man die nationalsozialistische Bewegung aus der Welt schaffen zu können glaubt, steht der von unserm Führer Adolf Hitler gehaltene Vortragszyklus im Zirkus Krone auf dem Marsfeld mit dem Thema: „Entstehung und Programm der nationalsozialistischen Partei."

Wir erwarten, daß unsere Freunde und Mitglieder die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, sich aus dem Munde unseres Führers selbst die Aufklärung über unsere Ziele zu holen, die man braucht, wenn man als Verkünder des Nationalsozialismus tätig sein will. Die Versammlungen, für deren Riesenbesuch zu werben die Pflicht eines jeden Nationalsozialisten ist, werden eine gewaltige Willenskundgebung der deutschen Freiheitsbewegung werden.

Die Riesenkundgebungen, die bisher einen bei unseren Veranstaltungen in diesem Ausmaße noch nie gesehenen Massenbesuch zeigten, finden weiter statt am Freitag, den 20. April, Dienstag, den 24. April, Freitag, den 27. April, Dienstag, den 1. Mai, Freitag, den 4. Mai usw.

Etwaige sonst für diese Tage vorbereitete Veranstaltungen der Partei in München finden nicht statt.

Insbesonders entfallen für die Dauer der großen Kundgebungen im Zirkusgebäude sämtliche Sektionsversammlungen. Es ist aber selbstverständliche Pflicht aller Sektionsmitglieder, dafür ausnahmslos bei den Massenversammlungen anwesend zu sein. Der Zusammenhalt der Sektionen und deren unentbehrliche, rege Kleinarbeit darf durch die Unterbrechung der Sektionsversammlungen unter keinen Umständen eine Abschwächung erfahren.

Jüdische Impertinenz

Dem Judentum geht allmählich infolge des rapiden Anwachsens der antisemitischen Bewegung der Wind ein. Und zwar ordentlich, wie man mit Vergnügen feststellen kann. Und ergötzlich ist es, zu sehen, wie sie sich angesichts des kommenden Strafgerichts innerhalb ihres „Gemeinwesens" schon Vorwürfe machen, die Dinge auf die Spitze getrieben zu haben. Die so oft betonte und so viel gerühmte Einigkeit ist dahin und einzelne Gruppen versuchen, sich durch Verrat an ihrem Volk bei dem Gegner beliebt zu machen, um dadurch dem Strick oder der Ausweisung zu entgehen.

Das gilt besonders von ihren in Deutschösterreich lebenden Angehörigen. Die charakterloseste aller jüdischen Gruppen, die nationaldeutschen Juden, hatten dort sogar die Unverschämtheit, sich mit der Leitung der — nationalsozialistischen Partei in Verbindung zu setzen, um ein gemeinsames Vorgehen mit dieser Partei in der Judenfrage zu erzielen. Höher gehts wahrhaftiger Gott nimmer.

Unsere deutschösterreichische Parteileitung läßt hierzu mitteilen, daß tatsächlich eine Abordnung der sogenannten bodenständigen Juden (das sind die seit Jahrzehnten bei uns schon mit der Aussaugung unseres Volkes beschäftigten jüdischen Großkaufleute und Bankiers) bei dem Führer der Partei, Dr. Walter Riehl, erschien und diesem mitteilte, daß sich bereits zahlreiche jüdische Bundesbürger zur Abwehr der Ostjudengefahr zusammengetan haben, unter welchen auch die „bodenständige Judenschaft" schwer zu leiden habe. Die Abordnung hatte die Unverfrorenheit, an unseren Parteigenossen Dr. Riehl das „Ansuchen" zu richten, die „bodenständige" Judenschaft in diesem Kampf zu „unterstützen" und warf dabei die Frage auf, ob nicht ein „gemeinsames Vorgehen mit der Nationalsozialistischen Partei" in dieser Frage möglich wäre.

Selbstverständlich warf Pg. Riehl die Abordnung pflichtgemäß aus seinem Bureau hinaus.

Bolschewistisches

Burghausen. Am vergangenen Mittwoch hielten ungefähr zwanzig nationalsozialistisch gesinnte Arbeiter und Angestellte der Firma Wacker einen Sprechabend im Nebenzimmer der Brauerei Dietl ab, zu dem nur durch Einladungszettel Benachrichtigte Zutritt hatten. Gegen 10½ Uhr drang der hierorts sattsam bekannte Bolschewist und Hetzapostel, Betriebsrat Fischer der Wackerwerke, mit dreißig Komplizen widerrechtlich in den Versammlungsraum ein. Zuerst wurde die Internationale gejohlt, worauf sich die Gesellschaft in wilden Drohungen gegenüber den friedlich versammelten Leuten erging. Sie erklärten u. a., daß sie ein Auftreten eines nationalsozialistischen Redners am Ort unter allen Umständen mit Gewalt verhindern würden und besonders Hitler, wenn er jemals kommen würde mitsamt seinem Anhang in der Salzach ertränken wollten. Wenn auch die Drohungen dieser Burschen und besonders des Betriebsrates Fischer, auf dessen Veranlassung übrigens zwei braven Arbeitern gekündigt werden sollte, was aber die Betriebsleitung ablehnte, nicht viel gegeben wird, wenn auch diese Drohungen nicht gefürchtet werden, so sind sie immerhin ein neuerlicher Beweis für die „Friedfertigkeit" und „Harmlosigkeit" der Leute, von denen nach Ansicht des Herrn von Knilling zur Zeit Bayern „keine Gefahr drohe".

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Landshut. (Eingestelltes Verfahren.) Die Parteigenossen, die am 17. Januar im Hotel „Bernlochner" die Einstellung des dort stattfindenden Bühnenballes erzwangen, wurden außer Verfolgung gesetzt und das gegen sie eingeleitete Verfahren seitens der Staatsanwaltschaft eingestellt. — Wir haben das nach Lage der Verhältnisse gar nicht anders erwartet. Man müßte unseren Parteigenossen lediglich noch den Dank dafür aussprechen, daß sie in so unerschrockener Weise den Willen der anständigen Bevölkerung zum Ausdruck brachten.

Weißenburg i. B. Am vergangenen Samstag hat die junge Ortsgruppe in Weißenburg ihre erste öffentliche Versammlung im Goppeltsaale abgehalten. Die mißlichen Räumlichkeitsverhältnisse in Weißenburg erforderten die Ansetzung der Versammlung nachmittags 3 Uhr. Nichtsdestoweniger darf die Ortsgruppe mit dem Erfolg zufrieden sein, da insbesonders viele Handarbeiter anwesend waren. Störung kam keine vor, schon deshalb nicht, weil Weißenburg so glücklich ist, keine ortsansässigen Juden als Arbeiterführer zu haben. Die fast zweistündigen Ausführungen des Referenten fanden reichen Beifall. Es sprach der Vorsitzende der Ortsgruppe Frankfurt a. M., Pg. Stier. Er konnte um so überzeugender zum Arbeiter sprechen, da er selbst Handarbeiter ist, langjähriges führendes Mitglied der K.P.D. war und seit 3 Jahren den internationalen Irrwahn erkannt hat.